

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

rote blätter

Herausgegeben v. Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

Nr. 3, 3. 12. 1971, 1. Jahrgang

1,— DM



Der 1. 12. war nur der Auftakt . . .

Siehe Seite 3



Jürgen Büscher Den Widerstand organisieren!

Man kann der herrschenden Klasse dieses Landes vieles vorwerfen, aber nicht, daß sie in ihren Methoden wäblerisch ist, wenn es darum geht, die bestehende Ausbeuterordnung zu schützen.

Jüngstes Beispiel: Der Beschuß des SPD-Senats von Hamburg und der CDU-Landesregierung von Schleswig-Holstein, „linksradikalen“, sprich: demokratischen und sozialistischen Lehrern, die Einstellung in den Schuldienst zu verweigern. Die offizielle Begründung dafür ist für die politischen Vertreter des Großkapitals längst zur Routine geworden. Sie wurde schon benutzt, um das Verbot der KPD und die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu rechtfertigen: die Verfassung müsse geschützt werden. Die Begründung ist zynisch, das Vorgehen brutal. Man rechnet mit der Angst um den Arbeitsplatz, um die berufliche Existenz, man setzt auf die Sorgen der Lehrerstudenten um ihre Zukunft. Wenn man DKP und SPARTAKUS schon nicht verbieten kann, so will man sie doch an den Rand der Legalität drücken, sie isolieren. Wenn das Zuckerbrot seine Funktion nicht erfüllt, dann droht man uns und allen, die es wagen, für demokratische Veränderungen einzutreten mit der Peitsche. Wenn die politischen Argumente fehlen, dann gibt es ja immerhin noch eine Möglichkeit, die Studenten vom SPARTAKUS fernzuhalten, indem man die Angst schürt.

Doch die Rechnung hat einen entscheidenden Fehler. Die Herrschenden unterschätzen die Bereitschaft der Studenten, für ihre politischen Ziele zu kämpfen, sie unterschätzen die Anziehungskraft des Marxismus und die Ausdauer der Revolutionäre.

Und wenn die herrschende Klasse hofft, SPARTAKUS könne durch Beschlüsse, wie die von Hamburg und Kiel in die Defensive gedrängt werden, wenn sie glaubt, die marxistischen Studenten zögen jetzt den Kopf ein und warteten still und bescheiden auf „besseres Wetter“, so können wir den Herrschenden versichern: wir wissen genau, daß ihr nicht machen könnt, was ihr wollt, daß die Stärke des demokratischen Widerstands darüber entscheidet, ob dieser Beschuß zur Anwendung kommt oder nicht. Und wir wissen auch, daß es unsere Aufgabe ist, diesen Widerstand zu organisieren — gerade auch im Interesse unserer Genossen, die später als Lehrer im öffentlichen Dienst tätig sein werden; trotz aller Beschlüsse.

- 2 Jürgen Büscher:
Den Widerstand organisieren!
- 3 Aktionseinheit ist unsere Kraft
- 5 Wer verstößt gegen das Grundgesetz?
- 6 Gewerkschaftliche Orientierung und Organisation des studentischen Massenkampfes
- 9 Streik in Baden-Württemberg:
Alle Räder stehen still . . .
- 11 Bonner Satzungskonvent:
Angst vor der Mehrheit
- 13 SPARTAKUS-Grußadresse an DKP-Parteitag
- 14 Klassenkämpfer in Uniform
- 15 Fakten und Zahlen zu den Rüstungskosten
- 16 Le Duan: Die Macht der Sowjetunion ist eine zuverlässige Garantie . . .
- 17 Uni-Gesetze: Beispielhaftes aus Bayern
- 19 BVG-HRG: Zwei Seiten einer Medaille
- 20 Springers Vertriebsnetz
- 21 Gewerkschaften: Kampforganisation oder Ordnungsfaktor?
- 22 Internationales
- 23 TASS zu den Vorgängen in Peking
- 24 Programm der KP Ostpakistan
- 25 Jahn praktiziert mit Freiheitsbund
- 25 Gemischtes
- 26 Aus den Hochschulen
- 28 Einfluß des BDI
- 28 FNL entläßt Westdeutschen
- 29 SPD-Parteitag
- 31 Fragen an Solschenizyn
- 32 Solidarität der Reaktion

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur:

Roland Lang (verantw.)

Redaktion:

rote blätter

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Sternenburgstr. 73

Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn
Konto-Nr. 10 14 14 40

Druck: K. F. Nohr, Lahnstein

Der 1. 12. war nur der Auftakt . . .

Aktionseinheit ist unsere Kraft – Für das Volk die Wissenschaft

Zehntausende von Studenten beteiligten sich an Demonstrationen und teach-ins gegen das reaktionäre HRG. Sie folgten damit dem Aufruf des vds, am 1. 12. unter der Hauptlösung „Bildung und Forschung im Interesse der Werktätigen und der Auszubildenden“ zu demonstrieren.

Sie dokumentierten, daß sie nicht gewillt sind, dieses HRG

kampflos hinzunehmen und daß sie weitere Aktionen gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes durchführen werden. Der 1. 12. war ein weiterer Höhepunkt des Kampfes der Studenten, die erkannt haben, daß sie sich mit der Arbeiterklasse verbünden, an den Hochschulen einen gewerkschaftlich orientierten Kampf führen müssen.



Institute statt Kasernen

Durch das HRG wird keines der grundlegenden Probleme der Studenten gelöst. Zuwenig Wohnräume, unzureichende Ausbildungsförderung, überfüllte Hörsäle und Seminare, kennzeichnen weiterhin die Lage der meisten Studenten. Sie befinden sich damit in ähnlicher Situation wie die arbeitende Bevölkerung, die durch steigende Mieten, steigende Preise und Steuererhöhungen immer mehr ausgeplündert wird. Die Ursache für diese Verhältnisse ist die Profitgier des Großkapitals. Unser Kampf gilt deshalb den Konzernbossen, den Kapitalisten.

Wir meinen: die Reichen können und die Reichen sollen zahlen! Wenn die Konzernherren noch so schreien, das Geld für eine demokratische Bildungsreform ist vorhanden. Allein der Bundeshaushalt 1972 weist 24,2 Mrd. an direkten Rüstungsausgaben aus. Die Herrschenden versuchen uns weiszumachen, daß die Rüstung zur Abwehr des „Feindes aus dem Osten“ notwendig sei. Wir fragen: Warum schließt dann die Bundesregierung

Verträge mit Moskau und Warschau, der die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa vorsehen? Man braucht doch nur auf die konstruktiven Vorschläge der SU und der anderen sozialistischen Staaten für eine dauerhafte Friedensregelung in Europa einzugehen und mit konkreten Maßnahmen zu beginnen. Doch es ist kein Zufall, daß sich die Bundesregierung dagegen sträubt. In unserem Land herrschen eine Handvoll Besitzer der Fabriken und Banken; der militärisch-industrielle Komplex wächst immer mehr.

Diese Kräfte haben kein Interesse an Sicherheit und Abrüstung. Der Frieden in Europa kann nur gesichert werden durch das einige Handeln der Arbeiterklasse, aller werktätigen Schichten und der fortschrittlichen Intelligenz.

Wir leisten unseren Beitrag für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, indem wir uns einreihen in die allgemeine Bewegung für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, für eine Konferenz über Sicherheit

Über 30 000 demonstrierten

Gegen das HRG demonstrierten am 1. 12. nach einer vorläufigen – und unvollständigen – Übersicht in

Kiel	2500
Hamburg	3000
Bremen	2500
Hannover	1500
Göttingen	1500
Bochum	500
Bonn	3000
Mainz	2000
Frankfurt	5000
München	1000
Stuttgart	3000
Karlsruhe	2500
Würzburg	2000

In Bonn verbanden die Demonstranten die Manifestation mit einer Sammlung für die streikenden Metallarbeiter in Baden-Württemberg. Die Sammlung erbrachte DM 1000,-

und Zusammenarbeit in Europa. Die Verwirklichung dieser Schritte würde günstige Bedingungen schaffen, die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Großkapitals weiter zu isolieren und zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen zu kommen, die Mittel für soziale und bildungspolitische Reformen freisetzen würden.

Wir leisten unseren Beitrag für die Erkämpfung einer Europäischen Friedensordnung, in dem wir konsequent gegen alle revanchistischen, Völkerhaß predigenden, militaristischen Lehrinhalte treten. Wir fordern Bildung statt Bomben. Der Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktaugen und der Auszubildenden wird umso erfolgreicher sein, je enger er verbunden ist mit dem Kampf gegen die Aufrüstungspolitik des Herrn Schmidt-Schnauze, für eine Europäische Friedensordnung.

Marxismus contra imperialistische Wissenschaft

Mit dem HRG sollen die traditionellen reaktionären Lehrinhalte gesichert, soll jegliche systemkritische Veränderung abgeblockt werden. Wir bekommen eine Ausbildung vermittelt, die so eng spezialisiert ist — zudem noch verkürzt und stärker reglementiert werden soll — daß wir im Beruf von Arbeitsplatzunsicherheit bedroht sein werden; eine Ausbildung, die keinesfalls zur organisierten Interessenwahrnehmung in Ausbildung und Beruf befähigt; eine Ausbildung, die die ökonomischen und politischen Grundlagen jeglicher gesellschaftlichen Praxis leugnet und damit die Erkenntnis der Wirklichkeit versperrt. Wir bekommen Inhalte vorgesetzt, die die aus dem Antagonismus unserer Gesellschaft entspring-

genden Widersprüche und Konflikte verdecken bzw. regulieren sollen, die den Menschen als den „Sachgesetzlichkeiten des Weltenlaufes“ unterworfenes Wesen darstellen. Gelehrt wird, daß die Geschichte einzig und allein von Fürsten und Königen, von Bankfürsten und Industriekönigen gemacht wird, alles was von den Massen kommt verdrücklich sei und in den Abgrund führe. Dabei ist es gerade ihre Herrschaft, die Herrschaft der Profitgeier und Rüstungshaie, die in die Barbarei führt. Sie sind es doch, die verantwortlich sind für zwei imperialistische Weltkriege dieses Jahrhunderts, sie sind es, die den Faschismus hervorgebracht haben und sie sind es, die überall den Befreiungskampf der Völker blutig und barbarisch — wie in Indochina — unterdrücken. Mit ihrer menschenfeindlichen Wissenschaft muß Schluß gemacht werden. Entschieden bekämpfen wir alle imperialistischen, rassistischen und gewerkschaftsfeindlichen Lehrinhalte!

Der bürgerlichen Ideologie stellen wir die Wissenschaft der Arbeiterklasse, den Marxismus, gegenüber. Der Marxismus, das ist die Wissenschaft des gesellschaftlichen Fortschritts. Deshalb setzen wir uns ein für die Berufung von marxistischen Dozenten. Das Meinungsmonopol der herrschenden Klasse muß gebrochen werden. Marx an die Hochschule!

Alle Versuche, marxistische und andere fortschrittliche Dozenten und Lehrer mit einem Berufsverbot zu belegen, müssen wir entschieden abwehren. Haut dem Benda auf die Pforten — Schluß mit den Berufsverbots! In jedem Seminar, in jeder Vorlesung, werden wir die Frage stellen: Wem nützt diese Wissenschaft?

Wir werden den volksfeindlichen Charakter der traditionellen Lehrinhalte entlarven. Zu den bürgerlichen Lehrveranstaltungen werden wir Gegenveranstaltungen und Diskussionen organisieren.

Diese praktischen Veränderungen der Bildungsinhalte und -ziele sind es, die die Herrschenden zu Recht fürchten.

Für demokratische Mitbestimmung

Mit dem HRG wollen sich die Herrschenden ein Instrument der politischen Disziplinierung der Studenten schaffen. Wie im Betrieb den Arbeitervertretern, soll an der Hochschule den Studentenvertretern ein politischer Maulkorb vorgebunden werden. In allen gesellschaftlichen Bereichen werden der arbeitenden Bevölkerung, der arbeitenden und lernenden Jugend Mitbestimmungsrechte verweigert. Die Ursache für den zunehmenden Abbau demokratischer Rechte, ist die zunehmende Bewegung breiter Teile der Bevölkerung, die immer mehr sehen, daß ihre Interessen nicht mit denen der Millionäre übereinstimmen.

Sie haben den Kampf aufgenommen gegen einen gemeinsamen Feind: das Monopolkapital. Diese Erkenntnis der wirk-

lichen Verhältnisse muß von den 1,7% der Bevölkerung, die über 70% des Produktivvermögens verfügen, verhindert und diejenigen, die diese Erkenntnis bereits gewonnen haben, unterdrückt werden.

Für uns kann das nur die Konsequenz haben, noch entschiedener die demokratischen Rechte zu verteidigen. Gemeinsam mit der Arbeiterklasse, der Arbeiterjugend und den Schülern kämpfen wir für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb, Schule und Hochschule. Wir fordern: demokratische Mitbestimmung über alle Fragen der Forschungs- und Berufspolitik, des Studiums, der gesamten Hochschulpolitik durch die Hochschulangehörigen und die Organisationen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften.

Voraussetzung für die Erreichung dieser Ziele ist eine eigenständige und unabhängige Interessenorganisation der Studenten. Verteidigen und stärken wir deshalb die ASTen, Fachschaften und den vds!

Wenn wir diese Forderungen, die unseren Interessen, den Bedürfnissen der Lohnabhängigen und der Jugend Ausdruck verleihen, aufstellen und dafür Bewegungen in Gang setzen, können wir schließlich die Macht der Großkonzerne brechen!

Wer verstößt gegen das Grundgesetz?

— Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung

Frau Heike Gohl, 2051 Hamburg 80
Rektor-Ritter-Str. 29

Aktenzeichen: S 12

Datum: 23. November 1971

Betrifft: Verlängerung ihrer Probezeit

Sehr geehrte Frau Gohl!

Mit Wirkung vom 23. November 1967 wurden Sie unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur Lehrerin z. A. ernannt. Gemäß § 25 Absatz 1 der Lehreraufbahnverordnung dauert die Probezeit für Lehrer an Volks- und Realschulen im Beamtenverhältnis auf Probe vier Jahre. Die Probezeit würde also in Ihrem Falle am 23. November 1971 ablaufen. Nach Ablauf der Probezeit muß der Dienstherr entscheiden, ob der Beamte in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu berufen oder zu entlassen ist.

Sie haben sich nach § 33 Absatz 1 Nr. 2 HmbBG in der Probezeit hinsichtlich Ihrer Eignung zum Beamten nicht bewährt. Zu der erforderlichen Eignung gehört auch, daß der Beamte in seinem ganzen Verhalten die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Diese Gewähr ist bei Ihnen wegen Ihrer politischen Betätigung für die SDAJ und die DKP nicht gegeben. Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Senats ist die Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- oder linksradikalen Gruppen unzulässig. Das gilt erst recht dann, wenn der hamburgische Beamte im Erziehungsbereich tätig ist und wenn er sich in den

genannten Gruppen besonders betätigt. Aus diesem Grunde muß Ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe betrieben werden. Mit Rücksicht auf das noch nicht abgeschlossene Verfahren nach den Vorschriften des Personalverfertigungsgesetzes ist es daher notwendig, zunächst Ihre Probezeit bis zum 31. März 1972 zu verlängern.

Rechtsmittelbelästigung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei der absendenden Behörde Widerspruch erheben.

Gebührenhinweis:

Das Widerspruchsverfahren ist für den Fall, daß es ganz oder teilweise erfolglos bleibt, nach § 2 Absatz 2 Gebühren gesetz vom 9. Juni 1969 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103) gebührenpflichtig. Die Gebühr kann nach Ziffer 7 Buchstabe c) der Anlage zum Gebührentgegenstand bis zu 150,- DM betragen. Dancben werden etwa entstehende besondere Auslagen nach § 4 Gebühren gesetz berechnet.

Dr. Claus
Senatsdirektor

tische Betätigung für Organisationen, die zwar „legal, aber nicht erlaubt“ (1) sind ist es. Folglich ist auch nicht die Mitgliedschaft das entscheidende Kriterium und folglich ist es auch nicht notwendig, eine „Liste von Verbänden aufzumachen.“ Zwei Dinge wagt der Hamburger Senat jedoch. Erstens die auf Grund einer Totalitarismus-Ideologie konstruierte Rechts-gleich-Links-Denkweise in der Praxis nun auch anzuwenden. Senatssprecher Vogel:

Die NPD hat es bis jetzt eindeutig vermieden, Dinge zu sagen, die eindeutig besagen, daß sie das Grundgesetz beseitigen will.

Und zweitens wagen sie es nicht, Heike Gohl zu entlassen. Nur ihre Probezeit wird verlängert. Haben die Herren nun doch Angst bekommen?

In Hamburg haben zur Woche des Bildungsnotstandes Tausende demonstriert und ihrer Forderung nach mehr Demokratie Nachdruck verliehen, ihre Solidarität mit Holzer, Henne und Laux bekundet. Am 1. Dezember haben im gesamten Bundesgebiet ähnliche mächtvolle Demonstrationen stattgefunden und es werden nicht die letzten sein.

Holzer, Henne, Laux, Marion Nürnberg und Heike Gohl werden ihre Anstellung bekommen, der Abbau der demokratischen Rechte wird verhindert werden.



Vor 93 Jahren wurde das Bismarcksche Sozialistengesetz verabschiedet. Es richtete sich gegen die sozialistische Arbeiterbewegung. Die obige Karikatur aus der damaligen Zeit kommentiert, wie trotz der einschneidenden Maßnahmen die Ideen des revolutionären Sozialismus erstarkten. Das Sozialistengesetz mußte 1890 zurückgenommen werden.

Gewerkschaftliche Orientierung und Organisation des studentischen Massenkampfes

„Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft verwandelt, wachsen in raschem Tempo Zahl und Bedeutung der in Produktion, Forschung und Entwicklung tätigen Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler. Das Verhältnis von Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technischer Intelligenz und seine Entwicklungstendenzen sind darum erstrangige Fragen für die Strategie und Politik der Arbeiterbewegung“.

(W. Gerns)

Wissenschaft, Forschung und Ausbildung geraten mehr als bisher in das unmittelbare Feld der Klassenauseinandersetzungen. Die Frage: was wird geforscht? und für wen wird geforscht? — werden zunehmend wichtiger für die Arbeiterklasse und die mit ihr in einem objektiven Widerspruch zum Monopolkapital stehenden Massen und Schichten, so auch für die Mehrheit der Intelligenz.

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist die Triebkraft zweier Prozesse, aus denen Analyse sich die Konzeption der gewerkschaftlichen Orientierung wesentlich ableitet.

1. Aus Veränderungen der Ausbildungssituation der Intelligenz, besonders hinsichtlich des Qualifikationsumfangs und der sozialen Lage.

Die inhaltliche Legitimation der gewerkschaftlichen Orientierung als integriertes strategisches Teilmoment sozialistischer Politik ergibt sich aber erst aus den 2. qualitativen Veränderungen der klassenmäßigen Zuordnung der Intelligenz im Klassenkampf, nachdem ihre Ausbildungssituation abgeschlossen und sie in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß eingegliedert ist.

Bündnis Arbeiterklasse-Intelligenz

Legt man die marxistisch-leninistische Klassendefinition zugrunde, können zunächst folgende Ergebnisse als gesichert gelten: Die Intelligenz ist keine ökonomisch selbständige Klasse, sie ist vielmehr eine Schicht, die sowohl zur Bourgeoisie als auch zur Arbeiterklasse so-

wie zu jenen Gruppen zu zählen ist, die zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen.

Unterscheiden wir zunächst zwischen selbständiger und lohnabhängiger Intelligenz, so muß bei der zweiten Gruppe weiter differenziert werden zwischen den der Monopolbourgeoisie aggregierten Spitzenmanagern, der Gruppe, die zu einer Randschicht der Arbeiterklasse geworden ist und im weiteren den Gruppen, die zwischen beiden stehen.

Betrachten wir im Großen diese Untergliederung in ihrer Dynamik so läßt sich folgendes feststellen:

1. Derjenige Teil der Intelligenz, dem Positionen des Spitzen- und mittleren Managements in der Wirtschaft bzw. entsprechende Positionen und Funktionen im staatlichen oder übrigen gesellschaftlichen Bereich offenstehen, ist (relativ) im Schwinden.

2. Ebenso verhält es sich, wenngleich sich dieser Prozeß nicht im gleichen Umfang und in der gleichen Geschwindigkeit vollzieht, mit jener Intelligenzgruppe, die wie Ärzte, Rechtsanwälte und andere Freiberufler selbständig ihren Beruf ausüben.

3. Den überwiegenden Teil der Hochschul- und Fachschulabsolventen (75–80 Proz.) erwartet jedoch eine Berufsperspektive, in der sie zum Verkauf ihrer — allerdings besonders qualifizierten — Ware Arbeitskraft gezwungen sind. Gemessen am realen gesellschaftlichen Status früherer Akademikerschichten verstärken sich hier in beschleunigtem Maße die mit Herkunft des Monopolkapitalis-

mus eingeleiteten Deklassierungsprozesse.

Diesen dritten Teil der lohnabhängigen wissenschaftlich-technischen Intelligenz verbinden im wesentlichen zwei Faktoren mit der Arbeiterklasse.

1. Da er von Besitz an bzw. Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ausgeschlossen ist, muß er seine Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen und wird von diesem ausgebeutet. Ein wachsender Teil, bes. Techniker und Ingenieure, nimmt dabei im Produktionsprozeß direkt an der Erzeugung von Wert und Mehrwert teil.

2. Die Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeit. Von den entscheidenden Klassenkriterien her gibt es keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem Arbeiter am Fließband, dem Techniker, der auf der Kommandobühne einer automatischen Walzenstraße tätig ist, oder dem Chemiker, der in einem Forschungsteam in untergeordneter Funktion arbeitet.

Die individuelle Arbeit — früher Kennzeichen der Tätigkeit der Intelligenz, wird immer seltener. Sie verwandeln sich in geistige Detailarbeiter, in einzelne Räder im Räderwerk der geistigen Teams und Denkfabriken, die keinen direkten Überblick mehr über die Gesamtzusammenhänge haben.

Dabei soll nicht gesagt sein, daß es zwischen der lohnabhängigen Arbeiterklasse keine Unterschiede mehr gäbe, wie die Höhe des Arbeitslohnes, das unterschiedliche Bildungsniveau, die primär geistige Arbeit, die Herkunft aus größtenteils kleinbürgerlichen Mittelschichten oder die, wenn auch im geringen Maße, be-

stehenden Möglichkeiten für den Aufstieg auf der Stufenleiter der betrieblichen Hierarchie. Was gesagt werden soll ist, daß sich ein zunehmender Annäherungsprozeß an die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kerngruppen der Arbeiterklasse vollzieht.

Unbeschadet der Notwendigkeit, daß die Hauptaktivität der sozialistischen Kräfte auf das Industrieproletariat als Kern der Arbeiterklasse — aufgrund seiner zahlenmäßigen Stärke, Organisiertheit, Kampferfahrung und Stellung im Produktionsprozeß die entscheidende Kraft im Klassenkampf — gerichtet bleibt, werden die Chancen, die neuen Schichten der Arbeiterklasse aktiv in den Kampf der Arbeiterbewegung einzubeziehen umso

künftige Lohnabhängige gleichzeitig, aktuell und perspektivisch, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der Arbeiterklasse aufzuzeigen.

Massenkampf an der Hochschule

Die materielle Grundlage der Entfaltung des demokratischen Massenkampfes ist der antagonistische Widerspruch, den die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution unter staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen zwischen Monopolbourgeoisie und Studenten hervorruft. Die Berufsperspektive der übergroßen Mehrheit der Studenten wird

2. Die Ausgaben für die soziale Sicherung der studentischen Lebensumstände, die ökonomisch Teil der „toten Kosten“ für Bildungsausgaben sind und als solche vom Staat als „ideellen Gesamtkapitalisten“ zu tragen wären, halten nicht Schritt mit den Ausgaben für den Hochschulbau; das Monopol als Gewaltverhältnis führt dazu, daß auch im Ausbildungssektor die sozialen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Betroffenen abgewälzt werden. Die soziale Herkunft eines großen Teils der Studenten, ihre Ideologie vom sozialen Aufstieg, der sie im Beruf für den ihnen in der Ausbildung auferlegten Konsumverzicht entschädigen soll, ist eine wesentliche Ursache, die die Studen-



günstiger sein, je mehr es der Partei der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften gelingt, einerseits stets die gemeinsamen Klasseninteressen, die alle Gruppen der Arbeiterklasse verbinden, in den Vordergrund zu stellen, andererseits aber auch nicht die spezifischen Interessen der lohnabhängigen wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu übersehen.

In diesem Zusammenhang definiert sich die politische Funktion des Konzepts der gewerkschaftlichen Orientierung: Den Studenten bereits an den Hochschulen im Kampf um die Durchsetzung ihrer unmittelbaren Interessen als Studenten und zu-

zunehmend durch staatsmonopolistische Formierungs- und Regulierungseingriffe in der Ausbildung an den Hochschulen tangiert.

1. Der erhöhte Bedarf des Kapitals an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften sowie ein kurzfristiges Verwertungsinteresse führen zu einer Verkürzung der Studienzeiten, die die Studenten aktuell einem erhöhten Leistungsdruck aussetzt und perspektivisch — durch Einschränkung ihrer Qualifikation — die Möglichkeit beruflicher Disponibilität vermindet bzw. den moralischen Verschleiß ihrer Ware Arbeitskraft beschleunigt.

ten daran hindert, für ihre unmittelbaren Interessen einzutreten.

Es gilt hier, die objektiven gesellschaftlichen Widersprüche im Bewußtsein der Studenten umzusetzen. In der Verbindung des ökonomischen mit dem politisch-ideologischen Kampf muß die grundsätzliche Interessengleichheit mit der Arbeiterklasse aufgezeigt werden. Es muß deutlich werden, daß grundlegende Verbesserungen nur bei tiefgreifenden Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse zu erreichen sein werden.

Wachsendes Gewicht für die Entfaltung der Selbständigkeit der Studenten, für ihre fortschrittlchen sozialen Interessen und für die Einbeziehung breitester Teile der Studentenschaft in den demokratischen antimonopolistischen Kampf gewinnt die umfassende, organisierte Interessenvertretung. So lassen sich für die gewerkschaftliche Orientierung des Hochschulkampfes zwei wesentliche Schwerpunkte festhalten, die sich wechselseitig bedingen.

— Einmal heißt es Orientierung auf eine möglichst enge Zusammenarbeit studentischer Organe mit den Gewerkschaften und Orientierung auf die klassenbewußte Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften im späteren Beruf, unter anderem durch Herstellung eines gewerkschaftlichen Bewußtseins im Sinne eines organisierten und solidarischen Vorgehens.

-- Zum zweiten bedeutet es aber, auf einer studentischen, umfassenden und organisierten Interessenvertretung aufzubauen zu können, die wiederum erst die Voraussetzungen für ein breites Bündnis der Arbeiterklasse mit den Studenten schafft. Es gilt hier, die Entwicklung und den Ausbau des politischen Inhalts der Organe der verfaßten Studentenschaft von ehemals ständischen zu demokratisch-antimonopolistischen, die sich auf aktive Mitarbeit ihrer Massenbasis stützen, voranzutreiben.

Dieser gewerkschaftlich organisierte Kampf an der Hochschule versteht als Einheit: die Forderung nach Sicherung der materiellen Voraussetzungen der wissenschaftlichen Arbeit, die Auseinandersetzung um methodische Grundwerte, zu selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten anleitende Studiengänge und die Forderung nach demokratischer Neubestimmung der Ziele und Inhalte in Ausbildung und Forschung. Hier wird die zentrale Bedeutung der z. T. quasi gewerkschaftlichen Organe deutlich, und deutlich wird auch, warum den rechten Kräften in Wirtschaft und Politik und ihren Helfershelfern an der Jai und unter den Studenten gerade diese Institutionen ein Dorn im Auge sind.

„Wir führen den Abwehrkampf gegen die Liquidierungsversuche der Organe der verfaßten Studentenschaft offensiv, indem wir sie einsetzen als Organe des demokratischen Massenkampfes an der Hochschule.“ (Hauptreferat Bundes-Kongreß).

Demokratisches Organisationsmodell

Um den demokratischen Kampf der Studenten zu konzentrieren und zu effektivieren, ist es notwendig, ein einheitliches Vorgehen aller studentischen Selbstverwaltungsorgane (vds, AStA, Fachschaftsrat) zu gewährleisten.

Dazu müssen die in der radikaldemokratischen Studentenrevolte spontan entstan-



denen Organisationsformen weiterentwickelt werden, um nicht der demokratischen Interessenvertretung durch die Fachschaftsräte objektiv die einheitliche Stoßrichtung zu nehmen und die Studentenschaft zu disorientieren. Ein Organisationsmodell für eine Fachschaft, das auf dieser Grundlage aufbaut, muß davon ausgehen, daß die Politik des Fachschaftsrates (FSR) nicht von einer irgendwie entstandenen und zusammengesetzten Basisgruppe, sondern von der Vollversammlung der Fachschaft bestimmt wird, indem diese ein Kandidatenkollektiv mit einem bestimmten Programm wählt, dessen Politik u. a. auf mehrfach im Semester stattfindenden Vollversammlungen von der Studentenschaft kontrolliert und korrigiert werden kann.

Es muß erreicht werden, die sezierten und unkoordinierten Aktivitäten am Fachbereich zusammenzufassen, größere Transparenz und größere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Studentenschaften zu schaffen. Der Kommunikationsfluß zwischen FSR und Studentenschaft muß entscheidend verbessert werden, damit zum einen die FSR-Politik besser umgesetzt werden kann, zum anderen, um die Diskussionen und Probleme in der Studentenschaft „aktueller“ in den FSR tragen zu können.

Die Diskussionen über die zentralen politischen Aktivitäten werden über die generell öffentliche FSR-Sitzung und dar-

über hinaus über die „erweiterte FSR-Sitzung“ geführt.

Ein wichtiger Bestandteil der FS-Politik welche konkretere Probleme politisch aufgreift, sollte auch die Arbeit in den Hochschulgremien sein. Zum einen erfährt das Org-Modell eine Stärkung, je breiter sein Arbeitsfeld angelegt ist, zum anderen wird die Gremienpolitik umso wirksamer, je besser sie in das Org-Modell integriert ist.

Das Org-Modell umfaßt Arbeitsgruppen mit verschiedener Aufgabenstellung. Umgänglich wird die Einrichtung von AGs zur direkten Unterstützung des FSR, wie Hochschulpolitik (HRG, Bildungsplanung usw.), Berufsperspektive, Studienreform, Öffentlichkeitsarbeit o. ä., sein. Schließlich sollten Studienkollektive „kritische Gruppen“, u.a., die ihre Basis und ihr Arbeitsfeld direkt in den Lehrveranstaltungen haben, koordiniert, in einem Zusammenhang gebracht und effektiviert werden.

Mit dem Org-Modell werden die Voraussetzungen verbessert, eine stärkere Vereinheitlichung der FS-Politik auch auf Hochschulebene zu ermöglichen. Dies kann in Zusammenarbeit mit dem AStA z. B. über eine häufigere Versammlung aller Fachschaftsräte erfolgen, auf der die Schwerpunkte für das kommende Semester oder ein einheitliches Vorgehen zu bestimmten hochschulpolitischen Fragen diskutiert und festgelegt werden. Überregional heißt das, im Rahmen der Fachkonferenzen und Projektbereiche des vds Aktivitäten und Beteiligung zu erhöhen und die gemeinsamen Aktionsziele zu artikulieren.

So wird erreicht, daß auch in nationalem Rahmen über die ASten und den vds ein geschlossenes und damit weitaus wirkungsvolleres Vorgehen erleichtert wird.

Die Vorteile des Org-Modells sind also zusammengefaßt folgende:

- Es ist gebunden und legitimiert durch Beschlüsse der VV aller Studenten einer Fachschaften. Es hat dort seine Basis.
- Es ermöglicht die ständige Diskussion in den AGs oder direkt mit dem FSR über dessen Politik.
- Es ermöglicht damit die direkte Kontrolle des FSR.
- Es beendet die losgelöste Gremienpolitik, indem es diese in das allgemeine Arbeitsprogramm stellt.
- Es ist offen für alle autonome AGs in Seminaren o. ä.
- Die konsequente politische, materielle und soziale Interessenvertretung erfährt eine starke Verbreitung ihrer Basis. (Im Org-Modell Germanistik an der Hamburger Uni arbeiten über 20. Studenten mit.)
- Die studentische Interessenvertretung im Sinne von stellvertretender Bemühung um materielle Erleichterun-

gen aller Art durch einige alleingebene Funktionäre gehört der Vergangenheit an.

- Dadurch, daß eine größere Anzahl von Studenten an die politische Arbeit herangeführt und mit den Schwierigkeiten konfrontiert wird, ihre Vorstellungen durchzusetzen, wird bei großen Teilen eine Politisierung eingeleitet, die positive Rückwirkungen auf die politischen Hochschulgruppen und damit auch auf den MSB SPARTAKUS hat.
- Das Org-Modell ermöglicht oder verbessert die einheitliche Stoßrichtung des demokratischen Kampfes.

Ist mit der Entwicklung einer umfassenden organisierten studentischen Interes-

senvertretung mit antimonopolistischer Zielrichtung die entscheidende Voraussetzung des demokratischen Massenkampfes mit gewerkschaftlicher Orientierung erfüllt, so gilt es doch auch, die direkten Verbindungen von Studentenschaft und Gewerkschaften zu intensivieren.

Es geht einmal darum, den Standpunkt der Gewerkschaften zu Fragen der Hochschulpolitik wirksamer an den Hochschulen zum Ausdruck kommen zu lassen, zum anderen darum, an der Diskussion und Erarbeitung von hochschulpolitischen Konzeptionen und Einzelvorschlägen in den Gewerkschaften teilzunehmen.

Auf dieser gewerkschaftlichen Ebene ist es auch möglich, zu einer Diskussion und

zu einer Zusammenarbeit mit den organisierten Vertretern des nichtwissenschaftlichen Personals und der Studentenwerke zu kommen.

Diese grundsätzlichen Aufgaben einer Politik der gewerkschaftlichen Orientierung — die Stärkung des antimonopolistischen Kampfes der Studenten und ihrer Interessenorgane AStA, Fachschaften, vds und die enge Beziehung zu den Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiterklasse — gilt es in den praktischen Auseinandersetzungen an der Hochschule nunmehr zu präzisieren und weiterzuentwickeln. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, den demokratischen Massenkampf an den Hoch- und Fachhochschulen auf eine neue Stufe zu heben.

Axel Pinck



Alle Räder stehen still . . .

Beitrag von Hugo Machelett auf dem Düsseldorfer Parteitag der DKP über die Streiksituation in Baden-Württemberg:

Im Bericht an den Parteitag wurde bereits zu den Problemen und zu den Forderungen ausführlich gesprochen, um die es in der gegenwärtigen Lohnbewegung in der Metallindustrie geht. In über 80 Betrieben von Baden-Württemberg streiken gegenwärtig 120 000 Metallarbeiter. Diesem Streik der Metallarbeiter ging eine Urahnstimmung voraus, in der erstmals auch die Angestellten einbezogen

wurden. Ich glaube, es ist ein Ausdruck wachsenden Bewußtseins, wenn in einer solchen Urabstimmung von Arbeitern und Angestellten fast 90 % sich für den Streik um die 11 % Lohn- und Gehalts erhöhung ausgesprochen haben. Dieser hohe Grad der Einmütigkeit widerspiegelt sich jetzt gegenwärtig in der Praxis vor den Toren der Betriebe in Baden-Württemberg. Die Konzernherren haben sich wieder einmal gründlich verrechnet. Ihr Geschäft mit der Angst, in der Presse und im Fernsehen immer wieder hodge jaggt, mit dem Gespenst der Krise, mit Arbeitsplatzverlust, ihre Erpressungsver-

suche, das Weihnachtsgeld nicht auszuzahlen, wurde von den Arbeitern und Angestellten nicht so honoriert, wie sie es sich gedacht haben, sondern die Arbeiter und Angestellten stehen einheitlich in dieser Front und führen einheitlich den Kampf um ihre Forderungen. Es streiken gegenwärtig in Baden-Württemberg Organisierte und Unorganisierte, es streiken Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilose. Und wer die soziale Lage der ausländischen Arbeiter kennt, der wird besonders hoch einzuschätzen wissen, daß mit den deutschen Arbeitern, mit den deutschen Me-

tallarbeitern, alle ausländischen Arbeiter, z. B. aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei und anderer Länder solidarisch den Kampf aufgenommen haben.

Aktionseinheit in der Praxis

Es gibt in unserem Land kein Beispiel, wo es dem Monopolkapital gelungen ist, diese solidarische Streikfront auch nur in irgendeiner Weise zu erschüttern. Und wer immer vom Parteivorstand der SPD die Behauptung aufgestellt hat, „es gäbe keine Gemeinsamkeiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, es gäbe keine Beweise für die von der DKP angestrebte Aktionseinheit“, der soll einmal heute vor die Betriebe in Baden-Württemberg gehen, der soll einmal heute vor die Betriebe in Baden-Württemberg gehen.

Dort wird er die Aktionseinheit in der Praxis bestätigt finden. Er wird die Gemeinsamkeiten sehen, die Sozialdemokraten und Kommunisten haben, wenn sie gemeinsam in den Streikkomitees die Maßnahmen beschließen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen im Kampf gegen das Monopolkapital notwendig sind.

Was unsere Partei in ihrem Thesenentwurf zur wirtschaftlichen Entwicklung, zum monopolkapitalistischen System, zur Rolle der Arbeiterklasse und zur Rolle der Deutschen Kommunistischen Partei in den Klassenauseinandersetzungen dargelegt hat, wird durch den Streik praktisch bewiesen. Unsere Genossinnen und Genossen Metallarbeiter, die in diesem Streik an hervorragender Stelle ihre kommunistische Pflicht in und mit den Gewerkschaften erfüllen, grüßen den Parteitag auf eine ganz besondere Art. Sie leisten in diesen Tagen einen praktischen hervorragenden Beitrag zur Thesendiskussion unserer Partei, sie praktizieren diese Thesen bereits und beweisen die Richtigkeit dieser Thesen tagtäglich im praktischen Streikkampf. Unsere Genossen Delegierten, die morgen bzw. übermorgen eben aufgrund dieses Streiks hierherkommen werden, werden diese Erfahrungen selbst auf dem Parteitag vermitteln. Die Metallindustriellen von Baden-Württemberg hielten 0% für vertretbar, für wirtschaftlich vertretbar. Sie besaßen die Freiheit zu sagen, wenn wir 4,5% anbieten, dann nur, weil wir ein soziales Gewissen haben. Sie boten also 4,5%, bei der Tatsache, daß bereits im vergangenen Jahr über 6% Preiserhöhungen über die Bühne gegangen sind und bei der Tatsache, daß sie selbst zugeben, daß es im vergangenen Jahr eine Produktivitätsteigerung von über 5% in der Metallindustrie gegeben hat. D. h. also, ihr Angebot von 4,5% ist praktischer Lohnabbau. Wir haben in Betriebszeitungen die Rechnung aufgemacht. Wir haben die Geschäftsberichte auseinandergenommen, die Profite nachgewiesen. Wir haben aber auch den Arbeitern vorgerech-

net, z. B. wer 800,- Mark Brutto bekommt, wer 1 200,- Mark brutto bekommt, was wird er bei 4,5% haben. Wir sind zu der Rechnung gekommen, ohne Berücksichtigung jetzt der Arbeitsproduktivität, allein aufgrund des Kaufkraftverlustes, daß bei 4,5%, wie die Unternehmer es anbieten, über 30,- Mark und mehr monatlich an echten effektiven Verlusten herauskommt. Das ist das Problem, warum unsere Kumpels gegenwärtig in den Betrieben so empört sind und so einheitlich in diesem Kampf stehen. Die Unternehmer haben jetzt beschlossen, eine Aussperrung durchzuführen, und zwar 200 Unternehmer beschließen für etwa 10mal soviel Betriebe, daß rund 380 000 Metallarbeiter ab heute nacht 0 Uhr auf die Straße gesetzt werden. Ich habe soeben Meldungen aus Baden-Württemberg bekommen, worin die Antwort der Metallarbeiter am heutigen Tage zum Ausdruck gekommen ist. Gestern fand in Stuttgart eine Funktionsärskonferenz von 350 Betriebsfunktionären statt. Dort wurden Aktionen gegen die Aussperrung beschlossen. Heute haben in Göttingen alle Metallbetriebe von 11 — 12 Uhr gestreikt. In Ludwigshafen streiken ab 15 Uhr alle Metallbetriebe. In Heilbronn ist heute nachmittag ein frühzeitiger Arbeitsschluß. Es wird eine Demonstration aller Metallarbeiter durchgeführt, mit anschließender Kundgebung. In Karlsruhe wird ab 14 Uhr die Arbeit niedergelegt und ist um 15 Uhr eine Kundgebung und Demonstration. In Mannheim dasselbe; 14 Uhr Arbeitsniederlegung, 15 Uhr Demonstration. In Heidelberg wird eine Stunde vor Betriebsschluß die Arbeit niedergelegt, findet um 16 Uhr eine Demonstration und Kundgebung statt. Ich glaube, diese Antwort einen Tag vor der Aussperrung ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiter nicht bereit sind, diese Aussperrung der Metallindustriellen einfach hinzunehmen. (Beifall)

Diese Provokation mit der Aussperrung macht deutlich, auch unter der von der SPD geführten Regierung existiert uneingeschränkt die Herrschaft des Monopolkapitals. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, des Privateigentums an den Produktionsmitteln in immer weniger Händen beweist, daß es in dieser Lohnbewegung nicht nur um Mark und Pfennige geht. Es ist deshalb auch notwendig, daß dieser Provokation der Metallindustriellen mit der Aussperrung eine erhöhte Form der Solidarität entgegengestellt werden muß. Das ist keine Angelegenheit mehr nur der Metallarbeiter oder der Metallarbeiter von Baden-Württemberg, das ist eine Angelegenheit aller Metallarbeiter, aller Industriezweige, bis hinein in die ÖTV. (Beifall)

Neue Formen des Kampfes wählen

Hier wurde bereits im vorhergehenden Diskussionsbeitrag die politischen Motive gesagt. Hier sollen Maßstäbe gesetzt

werden, ökonomische und politische Maßstäbe gegen die ganze Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Deshalb gehört also den Metallarbeitern die aktive Solidarität aller Gewerkschaften des DGB. Und unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, in eben diesen Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß diese aktive Solidarität organisiert wird. Ich glaube, es wäre auch gar nicht schlecht, wenn wir unseren Genossen empfehlen würden, mit den Arbeitern in den ausgesperrten Betrieben zu sprechen, daß sie andere Formen des Kampfes ebenfalls hier wählen. Ich meine, daß wir in diesen Betrieben, wo die Arbeiter ausgesperrt werden, den Belegschaften empfehlen sollten, den Kampf darum zu führen, daß die Produktion in diesen Betrieben fortgesetzt wird. Es wird gestreikt, wo wir wollen und es wird gearbeitet, wo wir wollen! (Beifall) Nur so können wir deutlich machen, daß die Millionen stärker sind als die Milliarden, denn hier liegt die große Verantwortung unserer Partei in den Betrieben. Hier liegt die große Verantwortung bei der Erarbeitung von Betriebszeitungen und bei der mündlichen Agitation unserer Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, daß es nicht gut wäre, wenn ich heute hier zu einigen Details Stellung nehmen würde. Morgen früh kommen die ersten Genossinnen und Genossen, die unmittelbar in den Streiklokalen gearbeitet haben. Ich glaube, die sind am besten geeignet dafür, hier dem Parteitag ihre praktischen Erfahrungen aus dem Streik zu vermitteln.

ÖSTERREICH

Wien (DPA) — Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky hat sich für die baldige Einberufung einer Konferenz zur Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz ausgesprochen. In einem Interview sagte Kreisky, seiner Ansicht nach seien die Dinge so weit gereift, daß es Zeit sei, eine solche vorbereitende Konferenz abzuhalten. Auf die Frage, ob sich seine Regierung für Wien als Konferenzort einsetzen werde, antwortete Kreisky, niemand in Österreich wolle den Finnen und damit Helsinki den Rang streitig machen.

Angst vor der Mehrheit

„Demokratie — zertampelt sie!“ — Unter diesem Motto, so der hochschulpolitische Sprecher der NRW-Landtagsfraktion der CDU, Brüggenmann, habe in der Bonner Uni der MSB Spartakus mit terroristischen Methoden die Reformarbeit des Satzungskonvents (SK) behindert. Gegen die Weiterverbreitung dieser für jeden nachprüfbar falschen Behauptung läuft eine einstweilige Verfügung; sie macht indes deutlich, mit welchen Mitteln die politische und publizistische Reaktion den Kampf der Bonner Studenten um die Erhaltung ihrer eigenständigen Interessen-Interessenvertretung diffamiert.

Die Aufmerksamkeit, mit der die CDU die Vorgänge in Bonn beobachtet, und das Ausmaß der Hetze, mit der sie SPARTAKUS, der in diesem Kampf den Studenten eine klare Perspektive bietet, von der Studentenschaft zu isolieren versucht, zeigen, daß die CDU in Bonn ein Exempel für die gesamte BRD statuieren will.

Das Ziel formulierte CDU-MdB Hans Dichgans in einem von der BAK ans Licht der Öffentlichkeit gezeigten Geheimschreiben: „Einige Länder meinen, daß sie mit einer organisierten, wenn auch revolutionär gesonnenen Studentenschaft immer noch besser führen als mit Studenten, die als Gruppe überhaupt nicht rechtlich faßbar wären.“

Die Ausführenden sind der RCDS, die ADM, eine mit dem RCDS personell und finanziell verflochtene Sammlung körperlicher Schläger und Nichtsnutze, und der „Bund gegen Freiheit und Wissenschaft.“

Die Methode ist infam. Nachdem die für das NRW-Hochschulgesetz vorgesehene offene Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft VS) vor zwei Jahren am massiven Widerstand der NRW-Studenter gescheitert war, soll nun versucht werden, an den einzelnen Hochschulen mit raffinierten Mitteln dasselbe Ziel zu erreichen. Die vom Hochschulgesetz vorgeschriebenen undemokratischen Paritäten (32 Professoren, 16 Assistenten, 24 Studenten, 8 „nichtwissenschaftliche“ Mitarbeiter) im SK, der die Umsetzung des Hochschulgesetzes in die Bonner Universität zur Aufgabe hat, schien es dem RCDS leicht zu machen, im schwarzen Bündnis mit den Professoren über die Köpfe der Studenten hinweg ihre eigenständige Interessenvertretung zu liquidiieren.

Die Methode des Rechtsblocks im SK, ohne viel Federlesens in konsequenter Mehrheitspolitik jeden Reformansatz schon im Keim zu ersticken, ließ die Zerschlagung der VS für die SK-Sitzung vom 6. 11. 71 voraussehen.

Konvent gesprengt

Über 500 Studenten folgten einem Aufruf des MSB SPARTAKUS und verhinderten die liquidatorische Beschußfassung des SK durch Sprengung der Sitzung. Denn sie kannten die von DSU-Koester in erfreulicher Offenheit formulierte Absicht der studentischen und professoralen Reaktion — „Die Vorstellung von RCDS, DSU usw., die Studentenbewegung politisch, d. h. mit dem Stimmzettel bekämpfen zu können, hat sich längst als Illusion erwiesen. Als einzige realistische Alternative verbleibt der gesetzgeberische Eingriff von außen“ (DUZ, Juni 71) — und hatten die Demagogie der Rechten durchschaut.

Weil diese nämlich aus Erfahrung wissen, welchen Widerstand der Plan der offenen Zerschlagung der VS bei den Studenten hervorruft, versuchen sie, den Studenten in folgender Weise ihren braunen Sand in die Augen zu streuen.

Verbal wird die VS, d. h. ihre körperschaftliche Organisation beibehalten. Aus dieser teilkörperschaftlichen Organisation der Studenten leitet man die angebliche Notwendigkeit ab, daß die Gesamtkörperschaft Universität (sprich: der SK) auch die innere Struktur der Teilkörperschaft in entscheidendem Maße bestimmen müsse, und versucht so, die Eigenständigkeit der studentischen Interessenvertretung aufzuheben, indem die Vertreter der Studentischen Selbstverwaltung (Fachschaftsverbände und SP) durch Personalunion in die Gremien der Universitätsverwaltung integriert werden. Die Beitragshoheit, die politische Zensur über die finanzielle Flanke ausschließt, wird ebenfalls aufgehoben.



Bonner Paritäten. „So eine Waage ist das demokratischste was es gibt.“

Für die Fachschaftsvorstände bedeutet das

- Sie werden nicht mehr direkt von der Vollversammlung gewählt;
- Sie können nicht mehr durch konstruktives Mißtrauensvotum abgewählt d. h. wirksam kontrolliert werden.
- Sie sind nicht mehr an die Weisungen der Vollversammlung gebunden.

Das Studentenparlament (SP) wird durch die Personalunion zu politischem Wohlverhalten gezwungen, da § 14 HSRG für die Mitglieder von Universitätsräumen folgende Bestimmungen enthält:

- Sie sind auf ein fiktives Gesamtinteresse der Universität verpflichtet;
- Sie sind zur konstruktiven Mitarbeit an der Durchführung und Umsetzung zentraler, ohne Kontrolle der Betroffenen erarbeiteter Pläne verpflichtet;
- Sie gehen bei jeder prinzipiellen Opposition das Risiko der Kriminalisierung ein.

Diese Gleichschaltung der studentischen Organe würde im betrieblichen Bereich die Gleichschaltung der Liquidation der Gewerkschaften bedeuten mit der Begründung, die Arbeiter hätten ja in den Betriebsräten die Möglichkeit, ihre Interessen effektiv und selbstständig zu vertreten!

Chronologie

Wie SPARTAKUS in Bonn im Bündnis mit dem SHB dem Massenkampf gegen die Reaktion führte, mag eine Chronologie der Ereignisse verdeutlichen.

Montag, 8. 11. 71: Nach der ersten Sprengung erschienen über 1000 Studenten zur Sitzung des SK und forderten offene Diskussion über die anstehenden Fragen. Angesichts der Konfrontation mit der Öffentlichkeit erklärte der SK-Vorsitzende die Sitzung für gesprengt, nicht, ohne vorher beschließen zu lassen, daß jede einer vom ihm als gesprengt deklarierten Sitzung folgende Sitzung nicht öffentlich stattzufinden habe.

Freitag, 11. 11.: Auf Antrag von MSB und SHB beschloß das SP mit 3/4-Mehrheit, in der Studentenschaft eine Urabstimmung in der Zeit vom 23. — 26. 11. durchführen zu lassen mit der Frage, ob die Studenten über die Organisation ihrer Interessenvertretung selbst abzustimmen wünschten. Das SP forderte den SK auf, seine Entscheidung bis zum Ergebnis der Urabstimmung zurückzustellen.

Inzwischen hatten zahlreiche Solidaritätsadressen von DKP, MSB-Gruppen,

SPD, Betriebsräten, Gewerkschaften und ASten den Studenten gezeigt, daß sie in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer eigenständigen Interessenvertretung der Unterstützung der demokratischen Kräfte aller gesellschaftlichen Bereiche sicher sein können.

Montag, 15. 11.: Hatte der Rechtsblock im SK geglaubt, sich in geographischer Isolation und im Dunkel der Nichtöffentlichkeit dem Druck der öffentlichen Meinung der Studenten entziehen zu können, bewies eine disziplinierte Demonstration Hunderter Studenten zum entlegenen Tagungsort das Gegenteil. Durch geschickte Argumentationskaktik innerhalb des SK gelang es, das Gremium daran zu hindern, der Urabstimmung zuvorzukommen.

Dienstag, 16. 11.: Diese Sitzung des SK mußte wieder öffentlich stattfinden. Dem Druck der über 1000 Studenten zählenden Öffentlichkeit war es zu verdanken, daß im SK über die Fragen der VS zum ersten Mal inhaltlich debattiert wurde. Die „Argumente“ der nahezu zur Sprachlosigkeit verurteilten Rechten zerschmolzen wie Butter in der Sonne. Deshalb ließ die Rechten kurz vor Ende der Sitzung, nachdem sie einen Antrag auf Vertragung und Bildung einer Kommission diskussionslos niedergestimmt hatte, einen Assistenten den Antrag auf sofortige Abstimmung stellen. Die Gegenrede des Bonner Prorektors u. WRK-Präsidenten Grünwald ging schon im Geschrei der Rechten unter. Als aus der Ecke der notorischen Schweiger von RCDS und ADM Gegenstände flogen, war die Sitzung gesprengt.

Mittwoch, 17. 11.: Da die Uni an diesem Tag (Buß- und Betttag) geschlossen war, glaubte der SK seine nichtöffentliche Sitzung wie die öffentlichen in der Aula abhalten zu können — ein Fehlschluß, hatten sich doch schon eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn Hunderte von Studenten Zugang zur Aula verschafft. Eine geschlossene Flucht des SK vor der Öffentlichkeit per Bus zum bekannten Tagungsort wurde erfolgreich vereitelt. Kurz entschlossen begab sich der rechte Kern mit einigen Vasallen zu Fuß oder per Taxi dorthin und tagte unter Ausschluß nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch unter Ausschuß fast der Hälfte der SK-Mitglieder den Liquidationsbeschuß für die Fachbereichsebene unter illegalen Bedingungen.

Sonntag, 21. 11.: Der vom SP für die Durchführung der Urabstimmung ge-

wählte Ausschuß faßte den Beschuß, die Durchführung der Urabstimmung bis zur nächsten SP-Sitzung auszusetzen und dem SP eine neue Fragestellung vorzuschlagen. Da es dem SK gelungen ist, wenn auch unter illegalen Bedingungen, dem Ergebnis der Urabstimmung zuvorkommen, kann die Fragestellung nicht mehr nur den Willen der Studenten nach selbstständiger Entscheidung über die Organisation ihrer Interessenvertretung betreffen, sondern muß das liquidatorische Modell dem demokratischen gegenüberstellen. SPARTAKUS wird diesen Antrag im SP unterstützen.

rote Zellen im Zick-Zack-Kurs

Das Verhalten der Roten Zellen in dieser Auseinandersetzung war von einer Widersprüchlichkeit nach der anderen gekennzeichnet. Der klaren Linie des SPARTAKUS setzten sie ein beharrliches Zick-Zack entgegen. Erst die Sprengungen als putschistisch verurteilend, nahmen sie sehr bald daran teil, um rückwirkend neue Einschätzungen zu bieten; zwischendurch vergeblich Streikparolen ausgebend, um sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich immer wieder an SPARTAKUS, SHB und die studentischen Massen anzuhängen.

Auf die entschlossenen demokratischen Aktionen der Bonner Studenten reagierten der Bonner BFdW-Rektor und der SK-Vorsitzende mit Kriminalisierung einzelner Genossen und mit Disziplinarmaßnahmen, die Bonner Lokalpresse und das zur Neutralität verpflichtete Nachrichtenblättchen der Uni mit Diffamierungen, Verleumdungen und Lügen.

Die Urabstimmung der Bonner Studenten wird dem SK zeigen, daß er seinen hastig durchgezogenen Beschuß gegen die Mehrheit der Bonner Studenten gefaßt hat, daß die Studentenschaft eine Revidierung erwartet und der geplanten Zerschlagung der Eigenständigkeit des SP erneut verstärkten Widerstand entgegen setzen wird. Sie wird eine Manifestation gegen rechts sein, sie wird den Vertretern von Fachschaften und AStA gegen alle Kriminalisierungsversuche den Rücken stärken und der Bevölkerung entgegen den Presseverleumdungen klarmachen, wie das Kräfteverhältnis in der Bonner Universität wirklich aussieht.



Unter starker internationaler Beteiligung fand vom 25. bis 28. November 71 der Düsseldorfer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei statt. Die Delegation der KPdSU wurde geleitet von Arvid J. Pelsche, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender der Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU. Die Delegation der SED stand unter der Leitung von Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED. Ferner hatten die Kommunistischen und Arbeiterparteien aus der CSSR, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien, den USA, Frankreich, Italien, Finnland, Belgien, Dänemark, Großbritannien, Österreich, der Schweiz, Luxemburg und Westberlin Delegationen entsandt. Am Parteitag nahmen außerdem teil Vertreter der illegalen Kommunistischen Parteien Griechenlands und Spaniens. - Herzlich begrüßt vom Parteitag wurde Max Reimann. (Bild oben, rechts). Nach seiner Wahl zum Ehrenpräsidenten der DKP beglückwünschten ihn Kurt Bachmann (Mitte), Herbert Mies (links) und Willi Gerns (ganz links).

Grußadresse des MSB an DKP-Parteitag

In einer vom Vorsitzenden des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS, Christoph Strawe, unterzeichneten Adresse richtete der Bundesvorstand des MSB folgende Grüße an den Düsseldorfer Parteitag der DKP:

Werte Genossen,

im Namen der fast 2000 Mitglieder des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS überbringen wir Eurem Parteitag herzliche Kampfesgrüße.

Der Düsseldorfer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei ist nicht nur ein bedeutender Meilenstein im Leben der Partei, sondern ist von zentraler Bedeutung für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik und für die gesamte demokratische und antimperialistische Bewegung, zu der auch die fortschrittliche Studentenbewegung gehört.

Seit der Konstituierung der DKP vor zwei Jahren und begünstigt durch ihr Wirken hat sich diese Studentenbewegung konsolidiert, ist die Zahl der Studenten

gewachsen, die in der Weltanschauung der Kommunisten, dem Marxismus-Leninismus, Antwort auf ihre Fragen suchen, die sich im Kampf für ihre sozialen und politischen Interessen mit der Arbeiterklasse, der Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts verbünden.

Die herrschende Klasse muß mit Schrecken erkennen, daß ihre Absidit, durch die Schürung arbeiterfeindlicher Vorurteile und Elitetheorien die Intelligenz von der Arbeiterklasse zu trennen, immer mehr durdiukreut werden, daß sich immer größere Teile der Studentenschaft, enttäuscht über die Politik der herrschenden Parteien, den Marxisten zuwenden. Deshalb greift sie zur Methode der Diskriminierung und der Verbotsdrohungen gegen die marxistische Arbeiterpartei, die DKP, und den Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS.

An den Hochschulen unseres Landes geht es gegenwärtig darum, diese Angriffe auf die demokratischen Freiheiten zurückzuweisen und die demokratischen Forderungen der Masse der Studenten gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz

der Bonner Regierung kämpferisch zu vertreten. Mit diesem Gesetz sollen die Hochschulen vollständig den Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals untergeordnet werden. Die demokratischen Studentenorganisationen haben deshalb für den 1. Dezember zu Demonstrationen in 16 Städten der BRD aufgerufen.

Werte Genossen,

die DKP ist die einzige Partei, die ein Hochschulprogramm entwickelt hat, das die gemeinsamen antimonopolistischen Interessen des arbeitenden Volkes und der Studenten zum Inhalt hat. Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS hat deshalb schon auf seinem Gründungskongress die solidarische Verbundenheit mit der DKP, die Gemeinsamkeit der marxistischen Theorie und des sozialistischen Ziels unterstrichen.

Diese Gemeinsamkeit hat sich im Kampf für eine demokratische Hochschule, für Frieden, Demokratie und Sozialismus bewährt.

Es lebe die Deutsche Kommunistische Partei und Ihr Düsseldorfer Parteitag.

Klassenkämpfer in Uniform



SPD-Wahlplakat von 1950. - Heute werden unter einem sozialdemokratischen „Verteidigungs“-Minister, unter dem Noskeimitator Helmut Schmidt, junge Demokraten in der Bundeswehr von nationalen Offizieren drangsallert und diffamiert. Wer für Völkerverständigung und die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau eintritt, wie Otto Wagner, wandert in den „Bau“. Trotzdem wächst bei vielen Bundeswehrsoldaten die Einsicht, daß gegen den Geist des Revanchismus Front gemacht werden muß.

Otto Wagner ist Mitglied der DKP, der SDAJ und aktiver Gewerkschafter. Vor seiner Einberufung war er Jugendvertreter seiner Lehrfirma, Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses in Frankfurt, Delegierter der IG Druck und Papier im Bezirk Frankfurt. In der Bundeswehr wurde er zum Vertrauensmann des 2. Fernmeldebataillons 2 in der Tannenbergkaserne in Marburg gewählt.

Sein Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Wirth, hielt anlässlich der Rekrutenvereidigung eine Rede, in der er auf übelste Art und Weise das Menetekel der „Gefahr aus dem Osten“ an die Wand malte, den Anspruch nach „unverzichtbarer Weltherrschaft“ der SU heraufzitierte, um von den Rekruten „in dieser ernsten Stunde ein Höchstmaß an Kampfkraft und Einsatzbereitschaft“ zu fordern. Aber der Feind steht für Wirth nicht nur im Osten: „Auch in unserem Staat machen sich mehr und mehr Kräfte breit, vom Osten eingeschleust und unterstützt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen. Es sind dies die Anarchisten, Anti-Autoritären, Kommunisten und Maoisten sowie rote Zellen, die sich die Ideen des Marxismus und Leninismus zu eigen gemacht haben. Wirtschaft und Industrie sind bereits unterwandert. In Universitäten, Schulen, Gerichten und Behörden sitzen diese Kommunisten bereits in einflußreichen Positionen. Auf kommunistischen Parteischulen und Akademien der DKP in unseren Großstädten werden diese Kräfte für ihre subversive Tätigkeit geschult, um als nützliche Idioten für den Kommunismus in unserem Staate Wegbereiter zu sein. Auch in unserem Bataillon gibt es Soldaten, die im Untergrund wählen und zersetzende Tätigkeiten ausüben, um so das Vertrauen zu ihren Vorgesetzten zu untergraben.“

Das, meine Soldaten, sind Tatsachen, vor denen Sie nicht die Augen verschließen dürfen. Diese Tatsachen beweisen, daß die Sowjets nach wie vor die Ausdehnung ihres Machtbereichs anstreben. Unsere Sicherheit und unsere Freiheit sind

bedroht, und die Verteidigung dieser unserer Sicherheit und Freiheit ist Aufgabe und Pflicht aller Bürger. Der Wahlspruch der NATO: Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit, muß auch weiterhin für uns Gültigkeit bleiben.“

Repressionen für Demokraten

Diese „Wachsamkeit“ sieht so aus: Die Unterzeichner der demokratischen Wehrstudie „Soldat '70“ mußten in den Knast, Soldaten, die sich für ihre Verbreitung einsetzen und nach ihren Prinzipien in der Bundeswehr arbeiten, erfahren täglich verstärkte Repressionen. So auch Otto Wagner: Er demonstrierte am Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion vor einer Veranstaltung der DKP in Uniform für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau: Reaktion von oben: 21 Tage verschärftes Ausgangssperre.

Er nahm am Kongreß der SDAJ und des MSB in Bremen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg in Uniform teil und verbreitete eine Stellungnahme zu der o. e. Wirths-Rede: 21 Tage Bau.

Otto Wagner gehört zu denjenigen in der Bundeswehr, die die Funktion einer Armee im imperialistischen Staat erkannt haben und die sich einer weiteren Auslöschung der Grundrechte — speziell für Soldaten — entgegenstellen. Gerade weil die Bundeswehr ein zu wichtiges Machtinstrument darstellt, arbeiten sie in ihr, klären ihre Kameraden über den aggressiven Charakter und über den revanchistischen Geist der „Schule der Nation“ auf und entfalten antimilitaristische Aktionen.

Nach der ungeheuerlichen Rede des Oberstleutnant Wirth zeichnete Otto Wagner verantwortlich für die Zeitung des „Arbeitskreises demokratischer Soldaten“, in der er nachwies, daß Wirth gegen den Art. 22 GG und gegen den Inhalt der Verträge von Moskau und Warschau verstoßen hat und leitet daraus ab: „Wir brauchen keinen Bataillonskommandeur, der junge Soldaten auf den „Fall Rot“ dressiert, um sie bei dem sogenannten Ionener Notstandsfall als abgerichtete Befehlsempfänger zu benutzen. Ich fordere Sie deshalb auf: Treten Sie zurück!“

Exemplarischer Fall

Sofort nach Bekanntwerden der Strafe für Otto Wagner bildeten sich Aktionskomitees „Freiheit für Otto Wagner“ in Frankfurt und Marburg, in denen sich vor allem Gewerkschaften zusammengeschlossen (ÖTV, IG Druck und Papier, DGB und KJA), sowie Jungsozialisten, SDAJ, DKP und der MSB SPARTAKUS (wobei das längst nicht alle Organisationen sind). Bemerkenswert ist, daß die ÖTV zum ersten Mal aktives Interesse und Engagement an der Erkämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten für Soldaten entwickelt hat. Die Aktionskomitees bewerteten folgerichtig den Fall Otto Wagner als exemplarischen Fall in der Auseinandersetzung in der Bundeswehr. Die Forderungen und Positionen, die in den Komitees entwickelt wurden, weisen die Perspektive einer längerfristigen Zusammenarbeit im antimilitaristischen Kampf auf.

So schrieb der DGB-Kreisvorstand an Bundesverteidigungsminister Schmidt u. a.: „Der DGB-Kreisvorstand erwartet von Ihnen, Herr Minister, entschiedenes Eintreten und fordert:

- sofortige Aufhebung der Disziplinarstrafen gegen Otto Wagner
- sofortige Entlassung des Bataillonskommandeurs Wirth
- Recht auf freie politische Betätigung für alle Soldaten.“

Solidaritätserklärungen wurden von den Delegierten des Landesbezirks Hessen zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier abgegeben, von der IG Druck und Papier Bezirk Marburg, von den KJAs Frankfurt, Wiesbaden und Marburg, von der SDAJ-NRW, vom DKP-Landesvorstand, von Soldaten aus Erndtebrück, um nur einige zu nennen.

Weiterhin veranstalteten die Aktionskomitees am 23. 11. unter der Losung „Demokraten contra Militarismus“ ein Wirth-Tribunal in Marburg. 400 Kollegen und Genossen konnten dazu nicht eingeladen werden, weil die Stadthalle hoffnungslos überfüllt war.

Diese Solidarität und aktive Unterstützung zeigt, daß Otto Wagner und mit ihm alle fortschrittlichen Soldaten in ihrem Kampf nicht allein stehen, sondern die breite demokratische Bewegung in der BRD auf ihrer Seite haben.

Isolierungsversuche

Um die breite Welle der Solidarität zu stoppen, verschleppten sie z. B. Otto Wagner nach Hannoversch-Münden. Aber auch dort demonstrierte die SDAJ vor der Kaserne. Oder Fleurop weigert sich, Blumen für Otto Wagner zu befördern. Dennoch erreichen ihn täglich eine Vielzahl von Briefen und Karten.

Die Demokraten in der Bundeswehr sind nicht zu isolieren oder mundtot zu machen, denn sie führen ihren Kampf nicht allein. Ihre Forderung nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung wird von uns allen getragen, sei es

von den Arbeitern im Betrieb z. B. im Kampf gegen das BVG, sei es von den Studenten z. B. im Kampf gegen das HRG. Deshalb unterstützen wir aktiv die Studie „Soldat '70“ mit Forderungen wie:

- Freie Betätigung aller demokratischen Organisationen in der Bundeswehr
- Entfernung aller Vorgesetzten, die der Hitler-Clique dienten und weiterhin an ihrer reaktionären Gesinnung festhalten
- Sofortiger Austritt aus der NATO. Mitwirkung der Bundesrepublik an der Schaffung eines gesamt-europäischen Sicherheitssystems.

Deshalb sind wir solidarisch mit allen antimilitaristischen Soldaten. Einerseits unterstützen wir ihre Aktionen durch Mitarbeit an Zeitungen und durch Flugblätter.

ter, durch gemeinsame Kongresse und Demonstrationen und durch die gemeinsame Erarbeitung der Strategie und Taktik des antimilitaristischen Kampfes. Andererseits kämpfen wir konkret an unserem Arbeitsplatz gegen Militarisierung der Wissenschaft und gegen Kriegsforschung, gegen revanchistische und nationalistische Lehrinhalte und gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts.

Nur durch wachsende Kraft der Arbeiterklasse und die Stärkung ihrer Positionen in allen gesellschaftlichen Bereichen können auch demokratische Strukturen in der Bundeswehr erkämpft werden.

In diesem Sinne führen wir den antimilitaristischen Kampf als wichtigsten Bestandteil des antiimperialistischen Kampfes.

Fakten und Zahlen zu den

Rüstungskosten

Der Bundeshaushalt 1972 sieht im Einzelplan 14 – Bundeswehr – **24.219.000.000,- DM** vor. Steigerung gegenüber 1971: 2.403.000.000,- DM oder 11 %.

Zusammen mit den Ausgaben für Zivilen Ersatzdienst (72.000.000,- DM), für Besatzungstruppen (700.900.000,- DM) und zivile Verteidigung (373.400.000,- DM) sind das **25.365.300.000,- DM** (25,3 Milliarden).

Rüstungsausgaben pro Tag also: 69.512.370,- DM

1 Kaserne oder 2 Krankenhäuser

Kosten einer Bundeswehr-Kaserne für 1.000 Mann mit Standort-Nebenanlagen: 53.000.000,- DM. (Handelsblatt, 26. 10. 1970).

Kosten eines modern eingerichteten Krankenhauses: 20.000.000,- DM.

50 Kasernen mit 50.000 Unterkunftsplätzen „benötigt“ die Bundeswehr noch, sollen also noch gebaut werden. Gesamtkosten: 2.650.000.000,- DM – der Gegenwert für 100 Krankenhäuser (womit der Krankenhaus-Fehibestand in der Bundesrepublik restlos überwunden werden könnte) und 162 Sanatorien mit 100 Plätzen (1 Sanatorium: 4.000.000,- DM).

1 Starfighterflugplatz oder 100 km Straße

1 Flugplatz für 2 Staffeln Starfighter F-104 G kostet 120.000.000,- DM. (Handelsblatt, 26. 10. 70).

Die Kosten für 1 km Autostraße, 20 m breit: 1.200.000,- DM.

Der Gegenwert eines Starfighterflugplatzes also: 100 km Autostraße.

1 Starfighter kostet 9.000.000,- DM (Industriekurier, 20. 8. 70).

Mit 140 abgestürzten Starfightern gingen 1.260.000.000,- DM verloren – mehr als 5mal soviel, wie die Bundesregierung 1972 für Zwecke des Umweltschutzes ausgeben will (220.000.000,- DM).

1 U-Boot oder 6 Schulen

1 U-Boot kostet 50.000.000,- DM (Industriekurier, 20. 8. 70).

1 Hauptschule mit Turnhalle erfordert an Baukosten 8.200.000,- DM.

Gegenwert eines U-Bootes also 6 Hauptschulen mit Turnhallen.

1 Versorgungsdepot der Bundeswehr (5.000 Tonnen) kostet 15.000.000,- DM. Gegenwert: Fast 2 Hauptschulen.

1 Panzer „Leopard I“ oder 11 Wohnungen

1 Panzer Typ „Leopard I“ Stückpreis: 1.100.000,- DM.

1 Dreizimmerwohnung – Baukosten: 100.000,- DM.

1 Panzer „Leopard I“ gleich 11 moderne eingerichtete 3-Zimmer-Wohnungen.

Bisher kassierte die Rüstungsindustrie (vor allem die zum Flick-Konzern gehörenden Krauss-Maffei, München) aus der „Leopard“-Produktion 2.000.000.000 DM = Gegenwert: 20.000 moderne 3-Zimmer-Wohnungen.

1 „Phantom“-Jäger oder 33 Kindergärten

1 „Phantom“-Jagdflugzeug, Stückpreis: 23.000.000,- DM.

1 Kindergarten für 3 Gruppen: 700.000,- DM.

Für 1 „Phantom“-Jäger könnten also 33 Kindergärten gebaut werden.

Die Bundeswehr hat in den USA 88 „Phantom“ bestellt.



Herzlicher Händedruck zwischen Le Duan, Erster Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und Leonid Breschnew beim XXIV. Parteitag der KPdSU in Moskau, April 71.

Le Duan: Die Macht der Sowjetunion ist eine zuverlässige Garantie für die revolutionäre Sache der Völker

Im Rahmen des offiziellen Besuches einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung von Nikolai Podgorny in der Demokratischen Republik Vietnam sprachen auf einer großen Kundgebung am 4. Oktober in Hanoi N. Podgorny und der Erste Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan. Le Duan führte unter anderem aus:

„In der Sowjetunion wird in immer größerem Maßstab und immer rascherem Tempo die materiell-technische Basis des Kommunismus geschaffen. Die Macht der Sowjetunion, der sozialistischen Länder ist eine zuverlässige Garantie für die revolutionäre Sache der Völker, macht die provokatorischen und aggressiven Intrigen des Imperialismus, mit den USA an der Spitze, zunichte, schützt Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt.“

Das vietnamesische Volk freut sich aus ganzer Seele über die glänzenden Siege des Sowjetvolkes, die einen begeisterten Faktor in seinem revolutionären Kampf darstellen. Wir wünschen dem sowjetischen Volke noch größere Erfolge bei der Erfüllung des vom XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossenen 9. Fünfjahresplanes, dessen Ziel es ist, das Sowjetvolk auf dem Weg des Aufbaues

des Kommunismus noch weiter vorwärts zu bringen.

Ende September haben die USA mit starken Kräften der Luftwaffe viele dichtbesiedelte Bezirke Nordvietnams bombardiert und damit neue Verbrechen gegen das vietnamesische Volk verübt. Damit haben die USA die feierliche Verpflichtung, die sie übernommen hatten, die Bombardierung und Beschießung des Territoriums der DRV vollkommen einzustellen, gebrochen, haben sie die öffentliche Meinung der Welt, die für Frieden und Gerechtigkeit ist, dreist herausgefordert. Volk und Regierung der DRV richten an die Imperialisten die scharfe Warnung: Die Demokratische Republik Vietnam ist ein unabhängiger Staat. Das Territorium der DRV ist unantastbar, Armee und Volk der DRV sind erfüllt von unbeugsamer Entschlossenheit, alle Anschläge der USA auf die Souveränität und Sicherheit der DRV gebührend abzuwehren...

In der gegenwärtigen Epoche wird das Volk, entschlossen, Herr seines Schicksals zu sein, zusammengeschlossen zum Kampf, geleitet von einer richtigen politischen Linie, gestützt auf die Unterstützung und Hilfe der sozialistischen Länder, auf die revolutionären Kräfte und die fortgeschrittenen Völker der ganzen Welt, jedem beliebigen Aggressor unbedingt eine Niederlage zuzufügen, und sei es sogar der amerikanische Imperia-

lismus, die Hauptkraft des Weltimperialismus, der Feind Nr. 1 der gesamten Menschheit.

Das vietnamesische Volk dürstet nach Frieden, doch muß dieser Friede erreicht werden unter den Bedingungen echter Unabhängigkeit und Freiheit...

Die Laos-Frage sollte auf der Grundlage des von der Patriotischen Front von Laos am 27. April 1971 vorgeschlagenen 5-Punkte-Programms zur politischen Regelung sowie der Vorschläge vom 22. Juni 1971 gelöst werden. Das kambodschanische Problem sollte gemäß der Deklaration von Prinz Norodom Sihanouk vom 23. März 1970 sowie dem politischen Programm der Nationalen Einheitsfront Kambodschas gelöst werden.

Das vietnamesische Volk verwirklicht das heilige Vermächtnis Präsident Ho Chi Minhs. Es ist fest entschlossen, den Kampf gegen die amerikanischen Imperialisten für die Rettung der Heimat bis zum endgültigen Sieg zu führen.“

Le Duan hob hervor, daß die Völker Vietnams und der Sowjetunion seit geheimer Zeit durch feste Bände des proletarischen Internationalismus verbunden sind, und bemerkte: „Das vietnamesische Volk wird für alle Zeiten der großen, wertvollen und effektiven Hilfe eingedenk sein, die Partei, Regierung und Volk der Sowjetunion ihm im Widerstandskampf gegen die französischen Kolonialisten geleistet haben und weiterhin im gegenwärtigen Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren, für die Rettung der Heimat und für den Aufbau des Sozialismus leisten. Wie zuvor sind die Partei der Werktätigen Vietnams und die Regierung der DRV entschlossen, alles von ihnen Abhängende zu tun, damit die große Freundschaft und die Kampfsolidarität zwischen den beiden Parteien und Völkern erstarken und erblühen.“

Der jetzige Besuch der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in Vietnam ist ein Ereignis von großer Wichtigkeit, er ist ein neuer Schritt vorwärts in der Entwicklung der Beziehung zwischen den Parteien, Regierungen und Völkern unserer beiden Länder. Wir sind davon überzeugt, daß dieser Besuch Volk und Armee unseres Landes zu immer neuen großen Siegen inspirieren, die brüderlichen Gefühle der Völker unserer Länder stärken wird.“

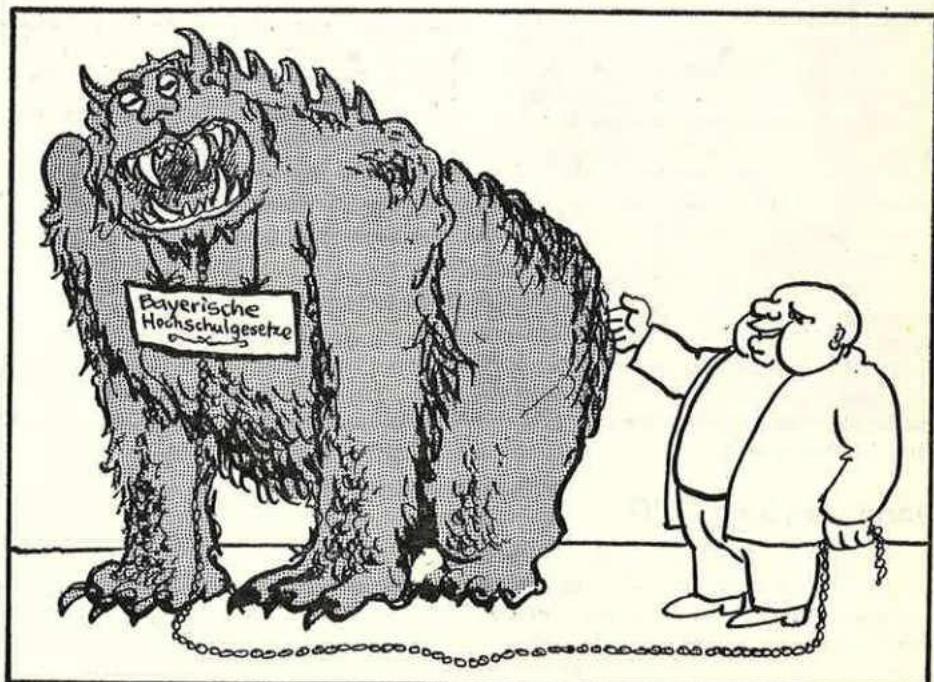
Beispiel- haftes aus Bayern

Während auf Bundesebene das reaktionäre Hochschulrahmengesetz (HSRG) auf uns zurollt, werden in Bayern bereits die Weichen für eine länderspezifische Konkretisierung dieses Gesetzes gestellt. Die auf Druck der CDU/CSU und der sie tragenden Wirtschaftskreise erfolgte Ausweitung der Länderkompetenzen zeitigt ihre Folgen.

Schon im September dieses Jahres hatte der „parteilose“, aber sehr wohl parteiliche bayerische Kultusminister Maier Hinweise auf das zu erwartende bayerische Hochschulgesetz gegeben. Die Stoßrichtung seiner Vorstellungen war durch den Hinweis auf das Vorbild — das saarländische Hochschulgesetz — mehr als deutlich: ein allmächtiger Präsident, der sich in „Wissenschaft“, „Wirtschaft“ oder dem „öffentlichen Leben“ verdient gemacht hat. Studentische Mitbestimmung soll auf ein Minimum reduziert und damit zur Wirkungslosigkeit verurteilt werden.

„Rote eliminieren“

Der Parteitag der CSU vom 15.—17. Oktober dieses Jahres brachte weitere Hinweise auf das, was die demokratische Studentenbewegung aus dieser Ecke in nächster Zukunft zu erwarten hat. Man verzichtet auch hier — ebenso wie auf dem CDU-Parteitag in Saarbrücken — darauf, detaillierte Ausführungen zur Hochschulpolitik zu machen; doch Öffentlichkeit und Parteivolk sollten auf kommenden Auseinandersetzungen vorbereitet und auf den harten Kurs der Partei eingeschworen werden. Dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, oblag die Aufgabe, in der Manier des kalten Kriegers gegen demokratische Studenten und Wissenschaftler Front zu machen. Im Katalog der Fragen, in denen die engere Zusammenarbeit zwischen CSU-Landesgruppe, Landtagsfraktion und Landesregierung besonders notwendig sei, nannte Stücklen an erster Stelle die Hochschulpolitik:



Maiers Kultusbürokratie: „Dieses Modell kann ich den Bonner HRG-Plännern nur ans Herz legen. Absolut mitbestimmungsfeindlich. Von den Unternehmern begutachtet. Ergebnis: sehr empfehlenswert.“

November 1971

Nach einem Lamento über die unzulänglichen Maßnahmen und die noch unzulänglicheren Ergebnisse des Bundes und der Länder auf dem Bildungssektor appellierte Stücklen abschließend: „Es muß sichergestellt werden, daß die Milliardenbeträge, die für Hochschulen und Universitäten ausgegeben werden, nicht zur Schaffung von Brutstätten revolutionärer Kräfte dienen.“ Es sei nicht nur die Freiheit von Forschung und Lehre sicherzustellen, sondern auch — und hier sehe das HSRG keine ausreichenden Bestimmungen vor — die „Freiheit des Lernens“. Was wir darunter zu verstehen haben, machte Stücklen wenig später in klarer Sprache deutlich: „Stoppt die roten Fahnenträger an den Universitäten.“

Wir müssen diese Kräfte eliminieren — andere Studenten warten schon lange auf ihre Studienplätze.“ Ordnungsrecht und Relegation werden damit erneut als ultima ratio gegen fortschrittliche Studenten beschworen. Jene Studenten, die im letzten Semester an der Münchner Universität versucht hatten, ihre Interessen gegen den Rektorkandidaten der reaktionären Ordinarienmehrheit und Maier-Spezi Lobkowicz geltend zu machen, wurden von dem rechten Scharfmacher als „rote Horden und Linksfaschisten“ diffamiert.

Institutionelle Maßnahmen gegen den zunehmenden Einfluß demokratischer und sozialistischer Studenten vorzuschlagen, blieb der Jungen Union überlassen. Mit dem Hinweis auf das Bonner Beispiel, wo die Einführung der Briefwahl „ein breiteres politisches Meinungsspektrum“ — nämlich RCDS und ADM — gebracht habe, forderte ihr Sprecher die Briefwahl in das Bayerische Hochschulgesetz aufzunehmen. Das undemokratische 50%-Quorum des HSRG (§ 16) bietet Bayerns Christdemokraten keine ausreichende Gewähr, die Kapitalinteressen ungehindert durchsetzen zu können. Wie so oft, wenn es gilt, unliebsame Kritiker mundtot zu machen, muß die „schweigende Mehrheit“ herhalten. Der Antrag wurde mit Unterstützung Maiers an das Parteipräsidium und die zuständigen Kommissionen überwiesen.

Inzwischen haben jedoch die Bonner Kommilitonen bewiesen, daß man sich gegen die Machenschaften reaktionärer Studenten und Professoren erfolgreich zur Wehr setzen kann. Das mag Maier eine Warnung sein.

Parallelen zum BVG

Der Ende November der Öffentlichkeit vorgelegte „Entwurf einer Verordnung der Regelung der Verfassung der Universität Augsburg“ zeigt, daß das Repertoire studentenfeindlicher Maßnahmen der bayerischen „Kultur“politiker keineswegs erschöpft ist. Der Hauptangriff soll weiterhin der Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung von wissen-

schaftlichen Mitarbeitern und Studenten gelten. So ist es auch nur konsequent, wenn das Kultusministerium seinen Entwurf folgendermaßen anpreist: „Die Universität soll kein wissenschaftlicher Elfenbeinturm sein, sondern ein modern verwalteter Großbetrieb, in dem die Erkenntnisse der Wissenschaft optimal gewonnen und vermittelt werden.“ (FR 19. 11., S. 23). Die Parallele zum reaktionären Betriebsverfassungsgesetz drängt sich hier auf. Geleitet werden soll dieser „Betrieb“ von einem in „Wissenschaft, Wirtschaft oder Verwaltung“ erfahrenen Präsidenten. Seine Befugnisse sind so weitreichend, daß er selbst kollegiale Organe auflösen und Neuwahlen ansetzen kann. Einem Kuratorium, dessen Aufgaben nicht näher definiert sind, gehören u. a. an 3 Landtagsabgeordnete, ein Vertreter des „Freundeskreises der Universität“, in dem in der Regel die ortsansässige Industrie tonangebend ist, und für die Universität lediglich der Präsident. In den vier Präsidialausschüssen für „Lehre und Studenten“, „Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs“, „Kontaktstudium“ und für „Organisation, Verwaltung und Bauwesen“ sind die Ordinarien stark überrepräsentiert. In Fragen der Forschung und des Kontaktstudiums haben weder Studenten noch wissenschaftliches Personal Mitbestimmungsrechte, die beiden anderen Ausschüsse sind nach Schlüssel 5:2:2:2 zusammengesetzt. Für die Fachbereiche, die übrigens in Fragen der Forschungsfragen nur ein Vorschlagsrecht der Habilitierten haben, gilt der Schlüssel 6:3:2:1. Die Studentenschaft als Körperschaft mit eigenen Selbstverwaltungsrechten soll abgeschafft werden.

Unser Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz, das eine solche bayerische Variante möglich macht, hat bereits begonnen. Die Forderungen des Spartakus

- nach gesetzlicher Verankerung der Studentenschaft
- gegen staatlich verordneten Mitwirkungzwang
- gegen jegliches Ordnungsrecht
- gegen das undemokratische 50%-Quorum

gilt es auch gegen Maier zu behaupten.

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Mit elf Beiträgen nahmhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen von der Antike bis zur Gegenwart.
facit-Reihe 7, broschiert 204 Seiten 6.—

Das neue facit-Heft Nr. 25 enthält folgende Themen:

Jürgen Büscher: Marx an die Uni; Steffen Lehndorff: Bildungspolitik aus einem Guß - Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Arbatow: Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Raimund Teismann: Lateinamerika - Revolutionstheorien der Dritten Welt; u. a.
ca. 70 Seiten, größeres Format, neue Aufmachung, 2,50 DM.

Im Abonnement kostet das Heft 2,- DM zuzüglich Porto

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur

von F. W. Plesken

facit-Reihe 9, ca. 40 Seiten, ca. 1,50 DM

Hiermit bestelle ich . . . Exemplar(e) von
FACIT Nr. 25

Hiermit abonniere ich . . . Exemplar(e)
von FACIT ab Nr. . . . bis auf Widerruf.

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an:

FACIT, 53 Bonn, Colmantstr. 32

Zwei Seiten einer Medaille

Zu dem gleichen Zeitpunkt, an dem den Hochschulen mit dem Hochschulrahmengesetz eine Zwangsjacke verordnet werden soll, hat die Bundesregierung ein Betriebsverfassungsgesetz verabschieden lassen, das in keiner Weise die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften stärkt. Da es in beiden Fällen um die Stabilisierung und Effektivierung der Herrschaft des Monopolkapitals geht, gibt es deutliche Parallelen zwischen HRG und Betriebsverfassungsgesetz (BVG).

Die Interessenvertreter der Arbeiter und Studenten sollen durch eine „Friedenspflicht“ sich einem fiktiven Allgemeinwohl unterordnen.

§ 2 (1) BVG lautet: Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der



Der Arbeiter. Das Großkapital verweigert ihm jede echte Mitbestimmung. Der Bundestag verabschiedete ein Betriebsverfassungsgesetz, das die Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen im Betrieb weiter abbaut. Der Lohnkampf in Baden-Württemberg zeigt jedoch, daß immer größere Teile der Arbeiterklasse bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen.

Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen.

§ 74 „Grundsätze für die Zusammenarbeit“ (2) legt fest: Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig. . . Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden.

Sie haben jedoch parteilpolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen; . . .

Im HRG sind die „Grundsätze der Mitwirkung“ folgendermaßen bestimmt: § 14 (3) Die Mitglieder eines Gremiums haben durch ihre Mitarbeit dazu beizutragen, daß das Gremium seine Aufgaben wirksam erfüllen kann. Das Nähere über die Pflichten der Mitglieder wird durch Gesetz geregelt.

Dies wird in der Begründung zum Reg.-Entwurf erläutert: „Diese Verpflichtung bedeutet, daß die Mitglieder der Hochschule zu kooperativem Verhalten mit dem Ziel verpflichtet sind, daß die Hochschule ihre Aufgaben erfüllen kann.“

Ein zusätzlicher Maulkorb wird Arbeiter- und Studentenvertretern durch die Schweige- und Geheimhaltungspflicht vorgebunden.

Im § 79 BVG heißt es:

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Betriebsrates sind verpflichtet, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Betriebsrat bekannt geworden und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig bezeichnet worden sind, nicht zu offenbaren und nicht zu verbreiten.

Dasselbe ist im HRG intendiert. In der Begründung zu § 14 (3) wird unverhüllt erklärt: „Die Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen, zur Verschwiegenheit über Angelegenheiten, die nicht öffentlich beraten wurden und andere Pflichten, die ihnen als Träger einer Funktion einer Selbstverwaltung obliegen, müssen nach Satz 2 im einzelnen geregelt werden. Das Gesetz hat ferner zu regeln, welche Rechtsfolgen an die Verletzung dieser Pflichten geknüpft werden.“

Durch das Wiederaufleben des berüchtigten Ordnungsrechts werden die Studenten den gleichen Bedingungen wie ihre Kollegen in den Betrieben (s. auch § 121 BVG) unterworfen.

In § 14 (2) HRG will die Bundesregierung den Hochschulen das Prinzip der „funktionsgerechten Mitwirkung“ aufzoktroyieren. Das bedeutet, daß in Fragen der Forschung und der Berufungen die

Mitbestimmungsrechte der Studenten nahezu auf Null geschraubt werden. Damit soll verhindert werden, daß die imperialistische Forschung aus den Hochschulen verdrängt, und fortschrittliche Hochschullehrer berufen werden. Auch im BVG gibt es so etwas wie funktionsgerechte Mitwirkung. „Wer aus politischer Überzeugung Demokratie will, muß versuchen, ihre Grundsätze funktionsgerecht auch im Bereich der Arbeitswelt zu praktizieren.“ (Prof. Ernst Schellenberg, SPD, Bundestagsdebatte). Das sieht dann so aus:

§ 90 Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat über die Planung 1. von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Fabrikations-, Verwaltungs- und sonstigen betrieblichen Räumen,

2. von technischen Anlagen,
3. von Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen oder
4. der Arbeitsplätze rechtzeitig zu unterrichten und die vorgesehenen Maßnahmen. . . mit ihm zu beraten.



Der Student. Arbeiter und Studenten haben den gleichen Gegner: das Großkapital. Das von der Regierung vorgelegte Hochschulrahmengesetz soll den allesbestimmenden Einfluß der Monopole auf den Wissenschafts- u. Ausbildungsbereich lückenlos absichern. Der Kampf der fortschrittlichen Studenten gegen das reaktionäre HRG hat mit dem 1. 12. eine Stufe erreicht.

§ 92 Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat über die Personalplanung... rechtzeitig und umfassend zu unterrichten.

§ 99 (1) In Betrieben mit in der Regel mehr als 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern hat der Arbeitgeber den Betriebsrat vor jeder Einstellung, Eingruppierung und Versetzung zu unterrichten... § 102 (1) Der Betriebsrat ist vor jeder Kündigung zu hören...

Darüber hinaus hat der Betriebsrat noch einige Einspruchs- und Mitspracherechte, die aber grundsätzlich nichts ändern.

Von einer gleichberechtigten Mitbestimmung kann nicht die Rede sein, da an den Paritäten in den sog. Mitbestimmungsgremien — wie sie im reaktionären Adenauer-BVG festgelegt wurden, sich nichts geändert hat.

In der Bundestagsdebatte wurde denn auch die Katze aus dem Sack gelassen: So führte der SPD-MdB Dr. Friedhelm Farthmann aus:

„Ein Höhepunkt bestand in dem Vorwurf, das neue Gesetz bringe eine Kon-

fliktordnung statt einer Friedensordnung, die das alte Gesetz enthalten habe.

Zu diesem Vorwurf ist zu sagen, daß das neue Betriebsverfassungsgesetz sowohl in den Mitbestimmungsrechten als auch in den Verfahren der Einigungsstelle strukturell nichts geändert hat... Lediglich die Fälle der Mitberatung des Betriebsrates und der gleichberechtigten Mitbestimmung sind erheblich erweitert worden.

Auch dabei ist beachtet worden..., daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung die letzte unternehmerische Entscheidung und Verantwortung unangetastet bleiben mußten. Sie sind auch erhalten geblieben... Wenn wir das Stichwort „Konfliktordnung und Friedensordnung“ wieder aufgreifen, so ist der einzige Unterschied der, daß im alten Gesetz von Partnerschaft nur gesprochen wurde, während im neuen Gesetz Partnerschaft praktiziert wird...

Ein dritter grundsätzlicher Einwand gegen das neue Recht ist die Behauptung —

man hat das sehr plastisch ausgedrückt — dieses Gesetz bedeute den Einnmarsch der Gewerkschaften in die Betriebe. Dazu ist zu sagen, daß der Regierungsentwurf an neuen Rechten für die gewerkschaftlichen Organisationen nichts bringt, was nicht schon bisher in einigermaßen fortschrittlichen Betrieben völlig selbstverständlich ist.“

Dem SPD-Abgeordneten Prof. Schellenberg ist zuzustimmen, wenn er sagt: „Dieses Gesetz trägt der Struktur unserer Wirtschaftsordnung Rechnung.“

Die Alleinherrschaft der Monopolkapitalisten soll gesichert bleiben. So auch an den Hochschulen. Dazu werden die Mitbestimmungsrechte statt erweitert eingeschränkt, demokratische Rechte abgebaut, die Studenten diszipliniert.

Das alles zeigt, wie notwendig der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Studenten gegen den Abbau demokratischer Rechte, für wirkliche Mitbestimmungs- und Kontrollpositionen in Betrieb und Hochschule ist.

Springers Vertriebsnetz: die Geschäftsstellen der CDU

Der Landesgeschäftsführer der CDU in Stuttgart, Franz Grandel, hat mit Datum vom 22. Juni 1971 an einen Kreis von Freunden seiner Partei oder ihr Nahestehenden folgendes Schreiben gerichtet:

„Anrede...

vielleicht geht es Ihnen wie mir, daß Sie sich fast täglich über die nahezu einseitige Kommentierung der ‚Leistungen‘ der jetzigen Bundesregierung in Funk und Fernsehen, aber auch in zahlreichen Tageszeitungen ärgern. Durch einen verharmlosenden Optimismus, der den ‚Taten‘ der Linkskoalition in keiner Weise entspricht, sollen die Ergebnisse 20jähriger CDU-Politik heruntergespielt und aus dem Gedächtnis herausgelöst werden. Das ist eine gefährliche Taktik.

Im April 1972 werden wir in Baden-Württemberg wählen. Unser Ergebnis wird deshalb von besonderer Bedeutung sein, weil dies die letzte größere Wahl vor der Bundestagswahl 1973 ist. Ich möchte Sie deshalb schon heute sehr darum bitten, Ihren Blick auf diese entscheidende Landtagswahl 1972 zu richten. Auch dann, wenn Ihr persönliches Engagement seinen Ausdruck hauptsächlich in Gesprächen am Arbeitsplatz, mit Nachbarn, Bekannten oder am Stammtisch findet. Es wird immer darauf ankommen, daß Sie informierter sind — mehr wissen.

Deshalb möchte ich Ihnen heute die tägliche Lektüre der WELT empfehlen. Diese internationale deutsche Informations-

und Wirtschaftszeitung hat in der Vergangenheit — besonders vor — und nach der ‚Machtübernahme‘ durch die Linken — bewiesen, daß sie konsequent und objektiv über Zusammenhänge und Hintergründe der jetzigen Regierungspolitik berichtet und kommentiert, die zahlreiche Medien und Zeitungen sogen übergehen. Ich lese die wertvolle Tageszeitung täglich und sehe mich auf allen Gebieten umfassend informiert.

Sie werden mir zustimmen, daß man jetzt mehr denn je wissen muß, wohin die Reise mit der SPD gehen soll. Aus diesen Gründen habe ich mir erlaubt, die Vertriebsabteilung DIE WELT zu bitten, auch Ihnen für einige Zeit eine Informationslieferung zur Verfügung zu stellen. Die Zeitungen werden in Kürze bei Ihnen eintreffen.

Die WELT ist natürlich kein Ersatz für Regionalzeitungen, sondern, notwendige Ergänzung zur zusätzlichen und umfassenden Information, wie wir sie für unsere gemeinsame politische Aufgabe brauchen.

Ich bin sicher, daß sie diese Feststellung ebenfalls bestätigen werden. — Unser Wahlsieg im April 1972 wird sehr davon abhängen, daß es uns allen gelingt, mehr Informationen über die Hintergründe und Fehlleistungen der jetzigen Regierungspolitik unter den Wählern zu verbreiten.

Mit der Bitte um Ihr Verständnis und Ihre Mitarbeit

verbleibe ich

gez.: Ihr F. Grandel“

Hochschulkampf vor 50 Jahren:

Wie sich die Bilder gleichen...

„Die Rote Fahne“ vom 27. November 1921:

Am 24. November hatte die noch junge Berliner kommunistische Studentenbewegung ihren ersten großen Tag. In einem von 20 kommunistischen Studenten und Studentinnen unterzeichneten Flugblatt protestierten sie gegen das am Jahrestag der russischen Oktoberrevolution organisierte Verbot ihrer Gruppe, die angeblich „die demokratische Disziplin gefährdet“.

An allen Ausgängen der Universität, der Klinik, der Handelshochschulen sah man die jungen Kommunisten den ganzen Tag über bei der Verteilung des Flugblattes.

Sie wissen nur zu gut, daß sich das Verbot im Grunde gegen ihre sozialen Forderungen wie die Staffelung der Kolleggelder entsprechend den Vermögensverhältnissen, die Beschlagnahme der Häuser der reaktionären Studentenverbündungen für Wohnungszwecke oder ähnliches richtet. Die kommunistischen Studenten werden nicht müde werden, gegen alle Machenschaften der rechtsstehenden Studentenschaft und der wiedererstarkten bürokratisch-reaktionären Macht der Universitätsbehörden zu kämpfen, und sie werden in ihrem Kampf mehr und mehr auch die Sympathie der von dem sogenannten neuen Kurs an den Universitäten in gleicher Weise bedrohten Gruppen gewinnen.

In den letzten Monaten fanden eine Reihe von wichtigen Gewerkschaftskonferenzen statt. Eine Auswertung dieser Kongresse ist nicht unwichtig für die Entwicklung einer sozialistischen Politik: Gewerkschaftstage sind nicht nur eine Demonstration für soziale und gesellschaftspolitische Forderungen der Arbeiterklasse, sie sind damit auch ein Ausdruck der Bewußtseinslage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und ein Spiegel der gewerkschaftspolitischen Strömungen.

Für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung waren in den letzten Jahren zwei Faktoren von großer Bedeutung:

- die zunehmenden Streikkämpfe, vor allem die Herbststreiks in der Metallindustrie signalisieren deutlich ein neues Selbstbewußtsein und eine gewachsene Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse,

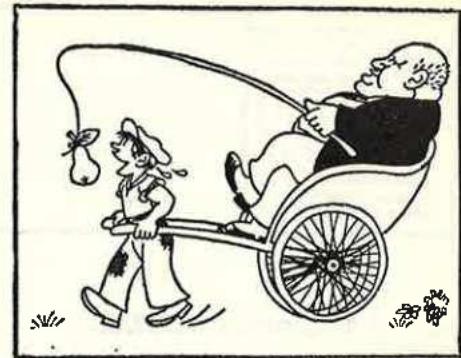
- mit der von der SPD geführten Bundesregierung besteht erstmals in der Bundesrepublik eine Regierung, der sich große Teile der Gewerkschaften, auch Teile des linken Flügels, politisch verbunden fühlen.

Diese zwei Faktoren hatten auch einen großen Einfluß auf die Diskussion des Kongresses der IG Metall, der größten und stärksten westdeutschen Gewerkschaft, und des Kongresses der IG Druck, der zurecht eine avantgardistische Rolle im DGB nachgesagt wird.

Der IG Metall-Vorstand versuchte auf dem Wiesbadener Kongreß, aus Rücksicht auf die Regierung Brandt, jegliche Form der Kritik an der Wirtschaftspolitik Schillers zu vermeiden, geschweige denn irgendeine Form von Druck auszuüben. Dieser Versuch, die IG Metall auf regierungskonformen Kurs zu bringen, stieß bei einem großen Teil der Delegierten auf energischen Widerstand. Vor allem durch die zahlreichen Beiträge der DKP-Mitglieder und auch linker Sozialdemokraten unter den Delegierten schon zu Beginn des Kongresses wurden die Vertreter einer integrationistischen Gewerkschaftspolitik in die Defensive gedrängt. Die Bemerkung Otto Brenners, „Kollegen, ich verstehe die Welt nicht mehr“, deutet an, daß auch er gemerkt hat, daß sich eine neue Entwicklung in der IG Metall anbahnt. Doch in vielen Punkten nahm der Kongreß einen widersprüchlichen Verlauf. An welchen Punk-

ten entzündete sich die Auseinandersetzung?

Einer der am heftigsten kritisierten Fragen war die Tarifpolitik des Vorstands



Kampforganisationen oder Odnungsfaktor?

Zum Gewerkschaftstag der IG Metall und der IG Druck und Papier

und damit die Haltung zu Schillers Konzentrierten Aktion. „Eine Stunde Kampf“, sagte der Kommunist Günter Becker, „bringt mehr als 100 Stunden Konzentrierte Aktion!“ Unter dem Druck der Kritik mußte Otto Brenner zumindest verbale Zugeständnisse machen, und nur unter Aufwendung seiner persönlichen Autorität konnte er einen Antrag gegen die Teilnahme an der Konzentrierten Aktion zu Fall bringen.

Die starke Kritik führte zumindest in einigen Fällen zu einer Akzentuierung der gewerkschaftlichen Forderungen. So wurden weiterhin der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf zum BVG abgelehnt und Kampfmaßnahmen gefordert (die allerdings ausblieben). Während Themen wie Abrüstung und Friedenspolitik wenig umstritten waren, konnten sich die Forderungen nach stärkerer innergewerkschaftlicher Demokratie nicht durchsetzen. Das Verbot der NPD und der Kampf gegen die rechtsextremen Kräfte wurden gefordert.

Allerdings vollzog man in diesem Antrag eine gefährliche Gleichsetzung mit den ultralinken, gewerkschaftsfeindlichen Gruppen. Auf diese Gefahr machte der Kommunist Rolf Knecht eindringlich aufmerksam, indem er aufzeigte, daß ein Verbot irgendwelcher ultralinken Gruppen von der herrschenden Klasse auch gegen die Gewerkschaften gerichtet würde, auch wenn diese Gruppen eigentlich für das Großkapital nicht gefährlich seien, sondern im Gegenteil nur ihre schädlichen Auswirkungen in der Arbeiterbewegung hätten. Die Lektüre dieses Diskussionsbeitrages sei im übrigen allen Maoisten empfohlen, die in ihren Blättchen beharrlich die Lüge in die Welt setzen, die DKP-Mitglieder hätten in Wiesbaden für das Verbot der ultralinken Sekten gestimmt.

In noch weit stärkerem Maße zeigte sich eine progressive Entwicklung auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.

Der Vorsitzende Mahlein setzte sich schon zu Beginn des Kongresses kritisch mit der SPD/FDP-Regierung und vor allem mit der Schillerschen Wirtschaftspolitik auseinander. Die gegenwärtige Konzentrierte Aktion lehnte er mit großer Zustimmung der Delegierten ab. Stattdessen wurde eine aktiver Tarifpolitik gefordert, vor allem eine stärkere Einbeziehung der Mitglieder. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute wurden in der Satzung verankert — ein Schritt zur Weiterentwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie, der auf dem IG Metall noch keine Mehrheit fand. Ein entscheidendes Kennzeichen des Nürnberger Kongresses war die klare Stoßrichtung gegen die reaktionären Kräfte, gegen CDU/CSU und NPD, die „im Inneren auf einen konservativen und nach außen auf einen aggressiven, expansionistischen Kurs drängen“ (Mahlein). Einen großen Raum in der Diskussion nahmen die Kontakte der IG Druck zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder und zu den sozialistischen Gewerkschaften in Italien (CGIL) und Frankreich (CGT) ein. Mahlein forderte, dem Europa der Technokraten, der Industrie und des Militärs sei ein Europa der Gewerkschaften entgegenzusetzen.

Dieser realistische Charakter der Diskussion auf dem IG Druck-Kongreß über Fragen, die bisher in den Gewerkschaften tabu waren, zeigte sich auch in der Einschätzung der DKP. Im Geschäftsbericht des Hauptvorstandes wurde gesagt, daß die DKP „durchweg die aktivsten, reaktionsschnellsten Gruppen aufgebaut“ hat und daß die Kommunisten auf jeden Fall als gleichberechtigte Gewerkschaftsmitglieder anzusehen seien.



„Wie unser Großvater schon immer sagte: Die Gewerkschaften mit ihren Forderungen sind unser Ruin!“



Internationales

Fast 1,5 Millionen IKP-Mitglieder

Wie das Nationale Sekretariat der Italienischen Kommunistischen Partei mitteilte, zählte die IKP Anfang August dieses Jahres 1 495 000 Mitglieder. Im Vergleich zum selben Zeitpunkt des Vorjahrs nahm die Mitgliederzahl um mehr als 26 000 zu.

In einem Communiqué wird betont, daß dies ein Resultat der erfolgreichen Kämpfe und der ständigen Initiativen der Kommunisten für die Neugestaltung der italienischen Gesellschaft ist. Die Mobilisierung der Werktagigen und der Bauernmassen, der Jugend und der Frauen zur Verteidigung ihrer Rechte habe in den vergangenen Monaten dazu beigetragen, eine demokratische Alternative im Lande zu schaffen.

USA

WASHINGTON (TASS). Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus erklärte H. Kissinger, daß das Hauptziel seiner Reise nach Peking in „konkreten Vorbereitungen für den Besuch des Präsidenten“ bestand wie auch darin, „mit Tschou En-lai die Frage zu erörtern, ob sich irgend etwas seit Juli geändert hat, was den wesentlichen Teil der Reise des Präsidenten beeinflussen könnte. Die Konsultationen waren umfassend und offen“, äußerte Kissinger, „und sie führten zu der Schlufolgerung, daß noch alles bei der Ueberlegung geblieben ist, die R. Nixon im Juli mit dem Ergebnis angestellt hatte, daß die Zeit für ein Treffen der chinesischen und amerikanischen Führer geeignet ist. Die Einstellung der VR China zum allgemeinen Konzept der Reise von Präsident Nixon“, unterstrich Kissinger, „war äußerst konstruktiv. Wir stimmten im Prinzip in allen wichtigen Fragen überein.“

Neofaschisten eröffnen zwei Büros in der BRD

Zwei weitere Büros will der Führer der italienischen neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), Giorgio Almirante, in der Bundesrepublik eröffnen. Wie die römische MSI-Zentrale am Montag bestätigte, reist Almirante nach Stuttgart und Frankfurt, um dort die neuen Büros ihrer Bestimmung zu übergeben.

KPFI: Widerstand gegen EWG

Zum geschlossenen Widerstand aller Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden sowie aller werk-tätigen Bevölkerungsschichten gegen den Anschluß Finnlands an die EWG hat die Kommunistische Partei Finlands in einer in Helsinki veröffentlichten Resolution aufgerufen. Das Politbüro der KPFI weist u. a. darauf hin, daß der Wegfall der Zölle in den EWG-Ländern zu einem besonderen Anstieg des Imports west-deutscher Waren, zu einem noch rascher wachsenden Handelsdefizit und verstärkter Arbeitslosigkeit führen würde.

DDR

Ergebnis der Wahlen vom 14. 11. zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin:

Volkskammer	
Wahlbeteiligung	98,48 %
Zahl der ungültigen Stimmen	3 251
Zahl der gültigen Stimmen	11 224 198
Prozentsatz der gültigen Stimmen	99,97 %
Zahl der für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen gültigen Stimmen	11 207 235
Prozentsatz der für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen gültigen Stimmen	99,85 %
Zahl der gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen Stimmen	16 963
Prozentsatz der gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen Stimmen	0,15 %
Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin	
Wahlbeteiligung	96,93 %
Zahl der ungültigen Stimmen	474
Zahl der gültigen Stimmen	785 588
Prozentsatz der gültigen Stimmen	99,94 %
Zahl der für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen Stimmen	782 588
Prozentsatz der für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen gültigen Stimmen	99,62 %
Zahl der gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen gültigen Stimmen	3 000
Prozentsatz der gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegebenen Stimmen	0,38 %

Harlem: Institut für Marxisten

In diesen Tagen wird im New Yorker Stadtteil Harlem — einem der Ghettos für Afro-Amerikaner und Puertoikaner in den USA — das Institute for Marxist Studies seine Tätigkeit aufnehmen. Seit Anfang September wurde in der Eighth Avenue Tag für Tag hart gearbeitet: Aufräumungs- und Baukolonnen aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei und des marxistisch-leninistischen Jugendverbandes YWLLC Young Workers Liberation League) entrümerten hier ein ausgebranntes Möbelgeschäft, zogen neues Mauerwerk ein, verrichteten Tischler-, Maler- u. Glaserarbeiten, Sach- u. Geldspenden aus dem fortschrittlichen Teil der Bevölkerung, die den Entschluß der Harlemer Organisation der KP der USA begrüßten, eine Bildungsstätte für revolutionäre Kader einzurichten, trugen dazu bei, die elementarsten materiellen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden.

Wie Genossin Stephany Tyson, stellvertretender Direktor des Harlemer Instituts für Marxistische Studien, gegenüber der kommunistischen „Daily World“ erklärte, werden mit der neuen Einrichtung seit Jahren gehegte Pläne der New Yorker Kommunisten verwirklicht. „Angesichts der Tatsache, daß die verschiedensten politischen Dogmen und pseudorevolutionären Ideologien auf die Bevölkerung einwirken, ist das Bedürfnis nach Klärung vieler Fragen eine absolute Notwendigkeit.“ Ein marxistisch-leninistisches Bildungsinstitut werde klassenbewußte politische Kämpfer erziehen, die imstande seien, schöpferisch, konstruktiv und von einer wissenschaftlichen Position aus an jene Probleme heranzugehen, mit denen die schwarze und spanischsprachige Bevölkerung von Harlem konfrontiert sei. Das Institut wolle dabei nicht nur theoretische Lösungswege darlegen, sondern auch praktische Anleitung für die täglichen Volks- und Massenkämpfe vermitteln.

INDIEN

NEU-DEHLI (TASS). - Angaben der indischen Regierung zufolge, ist die Zahl der ostpakistanischen Flüchtlinge in Indien bis Ende Oktober auf 9 587 897 angewachsen.

TASS zu den Vorgängen in Peking

Lin Piao, Chinas zweiter Mann bis vor kurzem, ist von der politischen Bühne verschwunden



MOSKAU (ADN). Die Frage danach, was in Peking geschieht, verschwindet schon seit mehreren Monaten nicht von den Seiten vieler ausländischer Presseorgane, schreibt TASS am Freitag. Obwohl die chinesischen Führer das Wesen und die Ursachen der Ereignisse, die in letzter Zeit im Lande vor sich gehen, weiterhin sorgfältig geheimhalten, lassen einige aus Peking eintreffende Meldungen und Presseberichte auf eine ernste Krise in der chinesischen Führung schließen.

Im Politbüro des ZK der KPCh, das auf dem IX. Parteitag im Jahre 1969 gebildet wurde, sind allem Anschein nach bedeutende Veränderungen vorgenommen worden. Die amerikanische Zeitschrift "Time" behauptet unter Bezugnahme auf chinesische Quellen, daß von den 21 Mitgliedern des Politbüros jetzt nur neun aktiv tätig sind und sechs von den übrigen dem IX. Parteitag angenommenen Parteiber ganz von der Bildfläche verschwanden.

Von der Tiefe der neuen Krise in der maoistischen Spitzel zeugt allein die Tatsache, daß sie auch solche Personen erfaßte, die bisher als Mao Tse-tung am nächsten stehend galten. Es handelt sich vor allem um Lin Piao, der in dem auf dem XI. Parteitag angenommenen Parteistatut als „naher Kampfgenosse“ Maos und als dessen „Nachfolger“ bezeichnet wurde.

In der Presse wurde bereits gemeldet, daß in Peking die Bilder von Lin Piao

verschwunden sind und seine Reden und Aussprüche aus dem Handel gezogen werden. In ausländischen Meldungen, die sich auf Pekinger Kreise berufen, wird davon gesprochen, daß gegenwärtig in ganz China Versammlungen von Partefunktionären stattfinden, bei denen die „Sünden“ des Lin Piao aufgezählt werden und darüber informiert wird, daß er angeblich gegen Mao Tse-tung „die Hand erhoben“ und versucht habe, einen Militärputsch im Lande zu organisieren.

In letzter Zeit zeigen der Generalstabschef der chinesischen Arme, Huan Jun-schen, und drei seiner Stellvertreter, die als Stütze Lin Piaos galten, wie auch einige andere dem Politbüro des ZK der KPCh angehörende Vertreter der Armee, keine Aktivität auf dem politischen Parkett. In der jüngsten Ausgabe der Pekinger Zeitschrift „Rote Fahne“ wird eine „Gruppe von in die Partei eingeschleusten Verschwörern und Karrieristen“ heftig kritisiert. Obwohl die Zeitschrift keine Namen nannte, sind Diplomaten und Journalisten in Peking überzeugt, daß mit den „Verschwörern und Karrieristen“ kein anderer als Lin Piao gemeint ist. In diesem Zusammenhang erinnert man an das Schicksal von Liu Schao-tchi, der vor der „Kulturrevolution“ als einer der eifrigsten Anhänger von Mao Tse-tung auftrat, danach aber als „Verräter“ und „Streikbrecher“ bezeichnet wurde.

Ausländische Nachrichtenagenturen veröffentlichen Meldungen, aus denen her-

vorgeht, daß die Welle der neuen „Säuberungen“ allmählich von Peking auf die Provinzorgane des Partei- und Staatsapparates übergreift. Man lenkt unter anderem die Aufmerksamkeit darauf, daß die Führer der Provinzen Kiangsu, Kuangtung und einiger anderer, die unter dem Kommando Lin Piaos dienten, nicht mehr politisch in Erscheinung treten.

Welche Ursachen haben nun diese neuen Machtkämpfe in der chinesischen Führung hervorgerufen? Die Beobachter in Peking haben in dieser Hinsicht keine einheitliche Meinung. Die Mehrheit von ihnen stimmt aber darin überein, daß der Kampf in der Pekinger Führung ein Ausdruck der generellen Krise des maoistischen politischen Kurses, ein weiterer Beweis für die außerordentlich komplizierte und gespannte Lage im Lande und ein neues Zeichen dafür ist, daß es bei den chinesischen Führern ernste und tiefe Meinungsverschiedenheiten in den wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik gibt.

Es wird festgestellt, daß die mit dem maoistischen politischen Kurs verbundenen grundsätzlichen Ursachen der Krise nicht beseitigt sind und daß dieser Umstand bei der Beurteilung der gegenwärtig in Peking vor sich gehenden Ereignisse und der Entwicklung der gesamten Situation in China nicht außer acht gelassen werden darf.

Programm der KP Ostpakistans

„New Age“ vom 10. Oktober 1971 veröffentlichte das Mindestprogramm zur Bildung einer nationalen Front von Bangla Desh, das von der KP Ostpakistans angenommen wurde. Diesem **Mindestprogramm für eine nationale Befreiungsfront** sind folgende Stellen entnommen:

1. Die Besetzungsarmee der reaktionären Clique Pakistans im bewaffneten Kampf schlagen und vertreiben. Bangla Desh vollkommen befreien und als unabhängigen, souveränen, demokratischen, republikanischen Staat aufbauen, mit der Perspektive, auf dem Weg zum Sozialismus vorzuschreiten.

2. Einer repräsentativen, vom Volk gewählten Legislative volle Autorität zur Lenkung des Staates zu geben. Einführung direkter Wahlen auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes aller Erwachsenen. Recht des Volkes auf Abberufung der gewählten Vertreter. Sicherung der parlamentarischen Demokratie und Herstellung eines weltlichen demokratischen Staates.

3. Sicherung der Grundrechte des Volkes: Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit usw. Sicherung dieser Rechte für die Arbeiter, Bauern und das übrige Volk. Aufhebung aller Unterdrückungsgesetze. Sicherung voller Möglichkeit des Volkes, aktiv an der Bestimmung der Staatspolitik teilzunehmen. Schaffung autonomer lokaler Körperschaften zur Lenkung der örtlichen Angelegenheiten in Stadt und Land und zur Unterstützung der Regierungsverwaltung. Trennung der Justiz von der Exekutive, Übertragung der Entscheidung über die Gesetzmäßigkeit von Staatsakten an die Gerichte.

4. Gleiche Rechte für alle Bürger ohne Unterschied von Rasse, Religion und Geschlecht, und Beseitigung jeder Diskriminierung aus religiösen oder ideologischen Gründen.

5. Sicherung der Glaubensfreiheit und der Freiheit religiöser Bräuche ohne jede Einmischung. Verbot aller jener politischen Kräfte, die dem Feind gedient haben.

6. Entfernung aller Beamten, die von der herrschenden Clique Pakistans und den ausländischen Imperialisten geschult wurden oder mit ihnen verbunden sind, aus dem Verwaltungsapparat. Beschränkung der Macht der Bürokraten, der Polizei usw.

7. Schaffung einer Verteidigungsarmee von Bangla Desh als eine wirklich patriotisch und volksorientierte Armee.

8. Maßnahmen zur allseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der verschiedenen Volksstämme.

9. Schaffung einer Schwer- und Grundindustrie in der Hand des Staates. Aufbau des staatlichen Sektors als bestim-

mende Kraft der Industrie und dessen Unterstellung unter die Volkslegislative.

Mitbestimmung der Arbeiter in der Leitung der staatseigenen Industrie. Verstaatlichung der Banken, Versicherungen, Juteindustrie und des Handels, des Außenhandels und der Haupttransportmittel, um Kapital zum Aufbau des staatlichen Sektors zu sammeln und die Wirtschaft dem Griff der Monopolisten zu entziehen. Kapitalisten, insbesondere kleinere, zum Ausbau anderer Industriezweige anspornen. Herstellung von Handelsbeziehungen auf Gleichheitsbasis mit allen Ländern ohne Unterschied der Gesellschaftssysteme und Verstärkung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Herstellung engerer Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern, insbesondere Indien.

10. a) Durchführung der dringlichen Bodenreform. Kein Grundbesitz darf 100 Bigha (13,2 Hektar) pro Familie überschreiten. Der Überschuß ist frei an arme und landlose Bauern nach deren Bedürfnis zu verteilen. Den Grundbesitzern, deren Boden die Regierung erwirbt, ist eine entsprechende Entschädigung zu leisten. Regierungsboden ist frei unter den besitzlosen und armen Bauern zu verteilen.

b) Die Besitzer von Grundstücken unter 25 Bighas sind von der Grundsteuer zu befreien. An Stelle der gegenwärtigen Steuereinhebung soll allmählich eine Einkommenssteuer vom Gesamteinkommen aus dem Verkauf der Ernte treten.

c) Gerechte Preise für Jute und andere Marktprodukte.

d) Entsprechende Entlohnung der Landarbeiter.

e) Stimulierung der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe, Ausdehnung der Staatshilfe mit moderner Ausrüstung, Düngemittel, billigem Kredit usw. an Bauern.

11. Hochwasserbekämpfung und Anlage von Bewässerungssystemen.

12. Allgemeine und kostenlose Erziehung, Hochschulbildung zu niedrigen Kosten, Erweiterung der Zahl der Schulen und Forschungseinrichtungen. Radikale Erziehungsreform zur Einführung weltlicher Erziehung mit modernen wissenschaftlichen Methoden. Erziehung in bengalischer Sprache auf allen Stufen der Bildung. Sicherung für die uraltsprechenden Einwoh-

ner, in ihrer Muttersprache erzogen zu werden.

13. Entsprechende Mittel für Volkserziehung, Kultur und Gesundheitswesen, die dem Volk leicht zugänglich gemacht werden müssen.

14. Sicherung von Mindestlöhnen und Arbeitsplätzen. Achtstundentag, Gewerkschaftsrechte, einschließlich Streik- und Kollektivvertragsrecht. Sicherung von Wohnung, Urlaub, Erziehung und ärztlicher Versorgung der Familienmitglieder, Kultur und Sport. Sicherung eines entsprechenden Einkommens für Angestellte, Intellektuelle usw. Senkung ihrer Steuerlasten.

15. Gleiches Recht für die Frauen auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Befreiung der Frauen von jeder Diskriminierung und sozialer Unterdrückung.

16. Beschlagnahme des beweglichen und unbeweglichen Eigentums aller Kollaborateure der reaktionären herrschenden Clique Pakistans und der Teilnehmer am Kampf gegen die Befreiung des Volkes und deren Bestrafung. Beschlagnahme von feindlichem Eigentum und dessen Verwandlung in Nationaleigentum.

17. Rückstellung alles vom Feind konfisierten oder besetzten Eigentums. Rehabilitierung aller vom Feind Vertriebenen. Entsprechende Hilfe an die Familien der im Freiheitskampf Getöteten oder Verwundeten.

18. Unabhängige und neutrale Außenpolitik; keinen Anschluß an imperialistische Kriegspakte. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit allen Ländern auf der Basis der Gleichheit. Herstellung der Zusammenarbeit mit den afroasiatischen Ländern einschließlich Indien, mit dem sozialistischen Lager und allen befreundeten Ländern. Engster Kontakt mit den friedliebenden Ländern, um den Weltfrieden zu bewahren und den antiimperialistischen Befreiungskampf in der ganzen Welt zu unterstützen. Enge Zusammenarbeit und Unterstützung des gerechten demokratischen Kampfes der ausgebauten und unterdrückten Völker Westpakistans. Vermeidung jeder Abhängigkeit vom imperialistischen Kapital und der Annahme von Auslandshilfe zu Bedingungen, die die nationalen Interessen schädigen.

Dieses Programm ist soweit wie möglich in allen befreiten Gebieten anzuwenden.

Jahn paktiert mit „Freiheitsbund“

Am 12. 11 sprach Justizminister Jahn vor 1500 Studenten auf einer Veranstaltung des BFdW in der Marburger Universität. Ein Anlaß also für die demokratischen Kräfte, ihrerseits zu diesem Ereignis einzuladen. Ein Anlaß auch für Presse, Rundfunk und Fernsehen, verzerrt und in den grellsten Farben ausgemalt, einmal wieder die „Ideologisierung“ und „Intoleranz“ der marxistischen Studenten plakatisch darzustellen.

Der BFdW hat sich in Marburg zum ersten Mal seit seiner von uns vereiteten Gründungselfstdarstellung aus seinen Verwaltungsgerichts- und Wahlrechts-, aus seinen Presse- und Lesebriefkampagnen wieder an die Hochschulöffentlichkeit gewagt. Dabei hat er gehofft mit dem Zugpferd Bundesjustizminister Jahn, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Marburg und Vorsitzender der hiesigen SPD-Ratsfraktion, beim Publikum positiv anzukommen und zugleich ein Beweilstück seiner „pluralistischen“ und „parteiunabhängigen“ Politik zu liefern.

Als Vorführstück geplant

So nutzte der „Bund“ dann auch den von ihm willkürlich herbeigeführten Abbruch der Veranstaltung — wohl vorbereitet — aus, um seine, und nicht nur seine — Behauptung der „Anarchie“ an den westdeutschen Universitäten anhand eines konkreten Beispiels zu untermauern. In der „FAZ“, der „Welt“ und auch der sonst eher liberalen „FR“ bediente er sich dabei desselben Tricks: Die unpolitischen Akte einiger wildgewordener Kleinbürger (z. B. Lichausknippen) wurden zur Hauptlindenz der Veranstaltung hochstilisiert, um die politisch-inhaltlichen Positionen und Auseinandersetzungen zu verschweigen. Durch Verdrehungen und lückenhafte Berichterstattung sollten damit Behauptungen wie die Martins zur Begründung des Alternativentwurfs der CDU zum HRG gestützt werden: „Die von politischen Outsidern in unserer Gesellschaft forcierte Auseinandersetzung in den Hochschulen droht heute Milliarden für das Hochschulwesen jährlich bereitgestellter Steuergelder untergehen zu lassen, ohne das mehr als eine wachsende Anarchie in den Hochschulen sichtbar wird.“

Es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß sich der „Bund“ zum immer zitterbereiten Vorführstück ausgerechnet die Marburger Universität herausgesucht hat, denn am Marburger Beispiel soll die Unpraktikabilität des im Verhältnis zum HRG progressiven Hessischen Universitätsgesetzes „bewiesen“ werden. Zum

anderen arbeitet in Marburg auf gesamtuniversitäter Ebene ein Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, das sich eine politische Plattform gegeben hat, aufgrund deren man SPD-Mitglied Zingel zum Präsidenten wählte und gemeinsame Zielsetzungen im Konvent, seinen Ständigen Ausschüssen und in den Fachbereichen vertritt.

Gerade mit den Angriffen gegen diese sogenannte Rote Koalition und das HUG wird dann auch die BFdW-Veranstaltung verknüpft. Dazu die „Welt“: „Unter zwei Gesichtspunkten bekam der Abend Akzente: Erstens widerlegte er die von der Universitätsspitze verbreitete Meinung, die Situation habe sich beruhigt, seit man gemeinsam mit Kommunisten eine Volksfront-Koalition praktiziere. Zweitens zeigte die Veranstaltung in erschreckender Klarheit, in welchem Maße heute verfassungsmäßig garantierte Rechte an der Universität in Frage gestellt oder abgebaut werden, ohne daß dagegen eingeschritten wird.“

Es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß sich Jahn mit dem „Bund“ verbündet, obwohl der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord einen Unvereinbarkeitsbeschluß von SPD- und BFdW-Mitgliedschaft gefaßt hat und obwohl sein Parteikollege Zingel unter schärfstem Beschuß von Seiten des BFdW steht.

„Vom Karren der Rechten“

Das zunehmende Nach-Rechts-Zurückweichen der SPD-Führung und die Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie wurden anhand dieser Veranstaltung den Jusos und jungen progressiven Mitgliedern im SHB wieder einmal bewußt gemacht. Sie schrieben dazu in ihrem „Einladungsflugblatt“:

„Ein sozialdemokratischer Minister läßt sich bereitwillig vor den Karren einer reaktionären Organisation spannen. Er zeigt damit, daß er zu denjenigen in der SPD gehört, die — von der innerparteilichen Basis entfremdet — durch ihre opportunistische Politik objektiv den Interessen des Monopolkapitals dienen.“ Zweifelsohne ist Jahn dieser Gruppe zuzuordnen. So bezeichnete er z. B. Mitbestimmung als Detailfrage, erklärte die DKP — wie die KPD — zu einer Partei, „die die Demokratie in diesem Lande nicht unterstützt“ und blieb die Antwort zur Wiederfinanzierung des vds schuldig. Diese Zusammenarbeit von rechten SPD-Politikern und dem BFdW müssen wir in Aktionseinheit mit fortschrittlichen Sozialdemokraten bekämpfen. Mit ihnen arbeiten wir die Widersprüche innerhalb der SPD auf, um das Bündnis zu festigen und dadurch der Masse der von den reaktionären Plänen des Kapitals Betroffenen Perspektiven der Einflußnahme auf politische Entscheidungen zu eröffnen.

Aktive Ohren

Unser stetes Bemühen ist es, unser Ohr immer bei den Studenten zu haben und so permanent über Mißstände und latente Bedürfnisse informiert zu werden . . .

Bisher war es so, daß die Linken vor allem redeten, der RCDS jedoch handelte. Das wollen wir auch weiter tun. (aus: RCDS-Info für 1. Semester, WS 71/72, Worms)

Aspekte

Der Kölner Rechtsanwalt Wilhelm Weimar vermißte in seiner von der „Monatsschrift für Deutsches Recht“ veröffentlichten Rezension eines Buches über die „Zivilrechtlichen Aspekte der Rechtsstellung des Toten unter besonderer Berücksichtigung der Transplantationen“ die Behandlung „weiterer Fragen“ wie: „Kann eine im Strom treibende Wasserleiche gefunden und für die Mühewaltung durch den Finder ein Finderlohn beansprucht werden?“ Oder: „Ist für den Transport (einer Leiche) ein Frachtbetrag auszufüllen, oder entspricht es unserem Pietätsgefühl mehr, wenn der Transport nur auf Grund einer Fahrkarte ausgeführt werden darf?“

Gemischtes

Der Gegner schlält nicht

WEIB, fast 20, 1,74 m, mollig, Stud., engagiert links, sucht Genossen (MSB zwecklos), für alles in F-GI-MR. Bitte melden unter B A 9321 Exp. (aus der Frankfurter Rundschau v. 13. 11. 1971)

„Liberal“

Unter der Überschrift „Weitgehende Aufhebung des Demonstrationsverbotes“ erschien in einer argentinischen Zeitung kürzlich ein Erlaß des Polizeipräsidiums von Maypu. Neu untersagt wurden lediglich „größere Ansammlungen von mehr als vier Personen, das Singen von politischen Liedern und das Tragen von Fahnen, die nicht mit der Staatsflagge identisch sind.“

Fördernde Wegweiser

Es bleibt der Allgemeinheit überlassen, bekannten Wünschen und Vorstellungen anzuhängen. Die Aufgabe der geistigen Elite kann und muß — wie eh und je — auch heute nur darin bestehen, für die Zukunft wegweisend zu sein, zu erdenken, was sein kann und sein muß. Wo liegt also der Aufgabenbereich heute? Nach Herbert Marcuse ist der Intellektuelle aufgrund seiner Intelligenz und Bildung verpflichtet, moralische Werte zu halten und zu fördern.

(aus INFO des Corps Markomannia im WSC, 53 Bonn, Römerstraße 13)



Aus den Hochschulen

Frankfurt

Am Donnerstag, 18.11. demonstrierten die Frankfurter Fachhochschüler gegen die Ausbildungsmisere im Fachhochschulbereich, die auch in Ffm immer deutlicher zutage tritt.

Ausgelöst wurde die Demonstration durch die Mißstände am Fachbereich Sozialpädagogik. Dort stehen für 250 Studenten nur 5 Räume und 10 Dozenten zur Verfügung. So ist es noch nicht einmal möglich, alle Pflichtvorlesungen abzuhalten. Die Kommilitonen aller anderen Fachbereiche solidarisierten sich spontan mit den Forderungen der Sozialpädagogen und so zogen ca. 600 Studenten und Dozenten durch die Frankfurter Innenstadt zu der z. T. leerstehenden alten Liebigschule. Unter den Parolen „Profit muß runter, Rüstung runter, Bildung rau“ und „Ein Schritt vor und zwei zurück, das ist Bildungspolitik“ forderten sie eine grundlegende Veränderung ihrer Ausbildungssituation. Es geht nicht nur um mehr Räume und mehr Dozenten, gleichermaßen steht die Forderung nach einer Neubestimmung der Lehrinhalte. Eine weitere Forderung der Demonstranten war die Aufnahme der 40 nicht zugelassenen Kommilitonen am Fachbereich Sozialarbeit und die Streichung der Zusatzlehrveranstaltungen für Erstsemester.

In der folgenden Abschlußkundgebung im Schulhof der Alten Liebigschule wurde die Forderung an den Kultusminister gerichtet, die mittlerweile von der Stadt Ffm zur Verfügung gestellten Räume innerhalb von 4 Wochen renovieren zu lassen, damit der Lehrbetrieb aufgenommen werden kann. Falls der Kultusminister auf diese Forderung nicht einwilligt, sind die Kommilitonen fest entschlossen, die Schule zu besetzen um den Lehrbetrieb aufzunehmen. Verschiedene Dozenten der Fachbereiche Sozialpädagogik und Sozialarbeit haben für letzteres bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Mehrere Redner werteten die Demonstration als Auftakt für weitere Maßnahmen im Kampf für eine qualifizierte Ausbildung, für eine demokratische Hochschule. Zwei Redner des MSB SPARTAKUS wiesen in ihren Beiträgen auf die nächsten Aufgaben der Studentenschaft hin. Einmal der Kampf gegen das FIRG, das auch auf die Fachhoch-

schulen Auswirkungen hat und zum anderen der schnelle Aufbau der Organe der verfaßten Studentenschaft. Gerade jetzt wird diese Notwendigkeit auch an der FHS immer deutlicher, wo sich die Situation der Studenten mehr und mehr verschärft.

Die Vorbereitungen und die Aktion selbst wurden wesentlich vom MSB SPARTAKUS mitgetragen. Auch in dieser Aktion hat sich SPARTAKUS als treibende Kraft und Interessenvertreter der Studenten erwiesen. Dies wurde nun auch für die Kommilitonen am Fachbereich Sozialpädagogik deutlich. Mehrere erklärten nach der Aktion spontan ihre Bereitschaft dem MSB SPARTAKUS beizutreten.

Duisburg

Bei den Studentenparlamentswahlen in Duisburg, Ende November, konnte der MSB SPARTAKUS die Anzahl seiner Mandate von 1 auf 4 erhöhen. Von den insgesamt 18 Sitzen entfallen auf den

— neugegründeten SHB	5
— MSB SPARTAKUS	4
— LSB	5
— Unabhängige	4 Sitze.

Der neue Asta wird von SHB und MSB SPARTAKUS gestellt.

Weingarten

In seiner Vollversammlung am 28.10.71 beschloß das Studentenparlament der PII Weingarten folgende vom MSB SPARTAKUS eingebrachte Resolution mit überwältigender Mehrheit:

„In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Mitgliedern der DKP und des MSB SPARTAKUS der Zugang zu Lehrstellen an Schulen und Hochschulen mit der unverhüllten Begründung der Zugehörigkeit zu diesen Organisationen verweigert wird oder bereits ausgesprochene Zulassungen in diesen Ämtern zurückgezogen werden.“

Die Studentenschaft der PH Weingarten protestiert entschieden gegen diese grundgesetzwidrige Diskriminierung demokratischer Gruppen. Dies ist ein bedängstigendes Zeichen des Abbaus demokratischer Rechte an allen Hochschulen und in der Gesellschaft.“

Koblenz

Bei den Studentenparlamentswahlen an der EWH Koblenz wurden für den MSB SPARTAKUS in diesem Semester doppelt so viel Stimmen abgegeben wie bei der letzten Wahl. Bei einer Wahlbeteiligung von 53 % entfielen auf den MSB 21,9 %; die Linksunabhängigen erreichten insgesamt 79,1 %. Im SP entfallen auf den SPARTAKUS 3 Sitze.

Frankfurt

Aufgrund des § 45,3 Fachhochschulgesetz hat der hessische Kultusminister von Friedeburg für Studenten des ersten Semesters an den hessischen Fachhochschulen, die als Bildungsabschluß nur „Mittlere Reife“ haben, Zusatzlehrveranstaltungen angeordnet. Der Nachweis der Teilnahme an diesen Lehrveranstaltungen ist Voraussetzung für die Zulassung zur Abschlußprüfung. In dem Erlaß heißt es: „Die Lehrveranstaltungen sind mit einem benoteten Leistungsnachweis abzuschließen.“

Durch diesen Erlaß soll der insbesondere an den technischen Fachbereichen herrschende Leistungsdruck bis ins Unerträgliche gesteigert werden. Ohne die Zusatzlehrveranstaltungen beträgt an der Fachhochschule Ffm die Stundenzahl der Pflichtvorlesungen bereits jetzt bis zu 32 Wochenstunden.

Die durch studentische Streiks und andere Kampfsmaßnahmen in den letzten Jahren errungene ansatzweise Studienreform (kollektive Leistungsnachweise, keine Benotung im Grundstudium) soll durch solche und ähnliche Maßnahmen wieder rückgängig gemacht werden. Die Tendenz, die Fachhochschulen noch weiter zu verschulen, wird auch in diesem Erlaß offenkundig.

In einem Flugblatt des MSB SPARTAKUS Fachhochschulgruppe Ffm heißt es: „Der Erlaß bedeutet aber auch eine besondere Art von numerus clausus! Noch höhere Stundenzahl, das heißt, daß die Kollegen, die wegen ungenügender Stipendien neben dem Studium Geld verdienen müssen, spätestens durch diesen Erlaß vor die Alternative gestellt werden: Geldverdienen ohne zu studieren — oder Studieren ohne Geld zu haben.“

Aber das ist keine Alternative! Beides



bedeutet, das Studium an den Nagel zu hängen.

Der Erlaß paßt in eine Reihe mit dem BAFöG. Senkung der Freibeträge, Kürzung der Stipendien, auch das heißt: Disziplinierung der Studenten.

Die Richtung ist eindeutig!

All diese Maßnahmen sollen die Studenten durch immer höheren Leistungsdruck dazu erziehen, daß sie auch später im Beruf sich nicht gegen Unterdrückungsmaßnahmen zur Wehr setzen. Während des Studiums soll das Verhalten in Betrieb und Verwaltung eingeübt werden.“

Außerdem ist festzustellen, daß diese Zusatzlehrveranstaltungen keinerlei inhaltliche Funktion haben. Es ist nirgends wissenschaftlich abgesichert, daß die hier zu vermittelnden Lehrinhalte zur Berufsqualifikation beitragen oder Voraussetzung wären, dem Studiengang folgen zu können. Auch wenn dies der Fall wäre, liegt eine Erhöhung der Stundenzahl nicht im studentischen Interesse, vielmehr muß im Sinne einer qualifizierten Ausbildung unsere Forderung lauten: ein achtsemestriges Studium an den Fachhochschulen.

Die Studenten aller Fachbereiche gehen nun gemeinsam gegen diese Diskriminierung vor. Alle Studenten des ersten Semesters haben eine Resolution unterzeichnet, aus der hervorgeht, daß man sich geschlossen weigern wird, an Zusatzlehrveranstaltungen teilzunehmen. Diese Resolution wurde an den Rat der FHS und an den Kultusminister gesandt. Eine Reaktion des Kultusministers steht zur Stunde noch aus.

Freiburg

Die Wohnraumsituation hat sich auch in Freiburg drastisch verschlechtert. In den letzten 3 Jahren ist bei ständig steigender Studentenzahl ein Wohnheim mit 100 Plätzen gebaut worden. Erhielt das Studentenwerk vor 2 Semestern noch 1800 Zimmerangebote, so waren es im letzten Semester nur noch 700 und zu Beginn dieses Semesters ganze 300! Studenten hausen in Notunterkünften, schlafen in teureren Hotels (was auch nur privilegierte können) oder sind obdachlos. Und dies, obwohl in der Innenstadt Freiburgs, die „saniert“ wird (d. h. es

werden Geschäfts- statt Wohnhäuser gebaut), 20 Häuser leerstehen, von denen einige der Stadt gehören. In vielen Häusern sind mutwillige Zerstörungen vorgenommen worden, um sie unbewohnbar zu machen. Um dieser neuen Art des NC entgegenzuwirken konstituierte sich ein Aktionsrat für Wohnraumbeschaffung, dem der ASTA Uni und PH, MSB, SHB, SDAJ u. a. angehören.

Auf Initiative dieses Aktionsrates kam es dann zur ersten Häuserbesetzung. Die Presse reagierte mit freundlichen Berichten, die Stadt antwortete überraschend schnell: Das besetzte, der Stadt gehörende Haus wurde den Studenten zur Verfügung gestellt, zusätzlich zwei weitere Häuser. Die Haltung der Behörden war klar: hatte sie vorher abgelehnt, die Häuser zur Verfügung zu stellen, gab man nun, weitere Aktionen fürchtend, nach.

Der MSB hat in Teach-ins und Flugblättern, sowie bei den Aktionen selbst daraufhingewiesen, daß dies nicht allein ein studentisches Problem ist, sondern weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung unter den Folgen monopolkapitalistischen Profitstrebens zu leiden haben, daß vereinzelte Aktionen nur einzogen in ein langfristiges Konzept des Kampfes gegen die Urheber der Wohnmisere sinnvoll sind und dieser Kampf nicht ohne die arbeitende Bevölkerung geführt werden kann. Bezeichnend war die Haltung des RCDS, der nach langjährigem Schlafen in Freiburg getreu den Weisungen seiner industriellen Gönner, auch hier seine antikommunistische Hetze aufgenommen hat. So lobt sich der RCDS, daß sein Flugblatt mit Rechtsberatung für Mieter die einzige Information gewesen sei, die zur Verminderung der Zimmernot beigetragen habe — so, als ob die Beschreibung schlechter Zustände etwas verbessere. Im übrigen warnt er vor der Teilnahme oder Unterstützung kommunistisch gelenkter Aktionen, die die Atmosphäre vergifteten — nach dem Motto: Schuld hat nicht der Urheber von Mißständen, sondern der, der diese bekämpft.

Doch hat der RCDS sein Ziel nicht erreicht: Nach Agitation in der Innenstadt wurden am Samstag zwei weitere Häuser besetzt!

Einführungsabend des Spartakus

Etwa 100 Studienanfänger waren der

Einladung des MSB zu einem Informationsabend gefolgt. Nach Referaten, die die Geschichte des MSB, Strategie und Taktik, sowie unsere Haltung zu konkreten Hochschulproblemen erläuterten, kam es zu einer intensiven Diskussion, in deren Verlauf wir manches Vorurteil entkräften, viele Fehlinformationen durch die bürgerliche Presse berichtigten und viele der Studienanfänger für unsere Arbeit interessieren konnten.

MSB-Referenten im ASTA

Nach der Wahl eines MSB-Genossen zum Studentenratspräsidenten bestätigte der Studentenrat auch die dem MSB angehörenden Astareferenten für Fachschaft und Politik/Presse.

RCDS-Niederlage in Münster

Der RCDS-ASTA an der Universität Münster ist gestürzt. Bei dem Ende November abgehaltenen Studentenparlamentswahlen verloren er und seine rediten Anhänger die Mehrheit im SP.

Sitzverteilung im neuen SP:

SHB	8
RCDS	6
Linksunabhängige	4
Rechtsunabhängige	4
IUM	2
MSB	2
Rote Zellen	1
Wahlbeteiligung:	45,95%

Der neue ASTA wird gestellt von SHB, MSB SPARTAKUS, Linksunabhängigen und Roten Zellen (15 Stimmen).

Karlsruhe

Der ASTA der Universität Karlsruhe richtete an die IG Metall Karlsruhe folgende Solidaritätsadresse:

„Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Karlsruhe, dessen Vorstandsmitglieder alle gewerkschaftlich organisiert sind, solidarisiert sich mit den Metallarbeitern, ihrer Gewerkschaft und ihren berechtigten Lohnforderungen. Die einheitliche Willenserklärung bei der Urabstimmung über Kampfmaßnahmen war die einzige richtige Antwort auf das provokative 4,5 % Angebot der Metallunternehmer.“

Wir wünschen Eurem Kampf vollen Erfolg.“

Herr und Knecht

Einfluß des BDI auf die Gesetzgebung

„Die kleine Minderheit von Bank- und Industrieherrn übt ihre Herrschaft über die große Mehrheit des Volkes, die Arbeiter und Angestellten, alle vom Monopolkapital Ausgebeuteten und Abhängigen aus... Die Großkonzerne und Großbanken üben über ihre Unternehmerverbände, Lobbyisten und Ihre Vertreter in den Parlamentsfraktionen und den Beiräten bei den Ministerien unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung aus. Immer enger wird die Verflechtung des Monopolkapitals mit der Staatsbürokratie.“ (Aus These 4 des Entwurfs der Thesen der DKP für ihren Düsseldorfer Parteitag.)

Einen aktuellen Beweis für diese Feststellungen liefert der Jahresbericht 1970/71 des Bundesverbandes der Industrie. Hauptgeschäftsführer dieses einflußreichsten Wirtschaftsverbandes ist der ehemalige Staatssekretär im Bundeswirtschafts- und darauf im Bundesernährungsministerium Dr. Fritz Neef. (Seite 185)

Gliederung für Kontakte zum Ministerium

Die Gliederung der Hauptgeschäftsführung lehnt sich eng an die der Bundesministerien an. Das Gleiche gilt für die „Landesvertretungen des BDI“ im Verhältnis zu den Landesregierungen.

- Dem Kontakt mit dem Bundeswirtschaftsministerium und seinen Abteilungen dient die Hauptabteilung I „Allgemeine Wirtschafts-, Wettbewerbs- u. Unternehmensfragen“ und teilweise auch die Hauptabteilung II „Industrielle Struktur und Entwicklung“. Deren Abteilung 3 Verkehrspolitik hält die Verbindung zum Verkehrsministerium,
- Abteilung 4 Umweltfragen und Abteilung 5 Raumordnung und Regionalpolitik zum Bundesinnenministerium.
- Die Hauptabteilung III „Finanzpolitik und Recht“ gliedert sich in eine Abtl. Steuern und Finanzpolitik für den Kontakt zum Bundesfinanzministerium, Abtl. Verteidigung zum Rüstungsministerium, Abtl. Recht zum Justizministerium, Abtl. Auftragswesen für alle Aufräge beeinflussenden Ministerien (S. 185/186).

Industrieforderung in „Eingaben“ gekleidet

Acht Seiten des Jahresberichts beansprucht das „Verzeichnis der wichtigsten Eingaben“ (S. 188–195), geordnet nach Datum, Empfänger und Gegenstand.

„Der Text dieser Eingaben wird grundsätzlich nur den BDI-Mitgliedern bzw. den Mitgliedern der Ausschüsse oder Arbeitskreise zur Kenntnis gegeben.“

Von diesen Eingaben gingen u. a.

- 4 an den Bundeskanzler
- 13 an Bundesminister
- 32 an den Bundestag oder seine Ausschüsse
- 2 an Ausschußvorsitzende im Bundestag
- 1 an den Bundesrat
- 33 an das Bundeswirtschaftsministerium
- 31 an das Bundesfinanzministerium
- 28 an das Bundesjustizministerium
- 17 an das Auswärtige Amt
- 12 an das Verkehrsministerium
- 8 an das Innenministerium
- 5 an das Verteidigungsministerium
- 4 an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung
- 4 an das Entwicklungshilfeministerium
- 4 an das Bundesministerium (für seine laufende Beeinflussung haben die Unternehmer ihre „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände“; bk)
- 4 an das Postministerium
- 1 an das Wohnungsbauministerium
- 1 an das Wissenschaftsministerium
- 1 an das Bundeskartellamt
- 1 an den Bundesrechnungshof
- 1 an Landtage der Länder
- 4 an Ministerpräsidenten der Länder
- 2 an Landes-Wirtschaftsverwaltungen
- 1 an den Stadttag
- 1 an den Vorstand der CDU zum „Berliner Programm“
- 3 an die EWG-Kommission

Viermal hat sich der Präsident des BDI, Fritz Berg, persönlich an Bundeskanzler Brandt und verschiedene Bundesminister gewandt. Gegenstand seiner „Eingaben“ war:

- „Verhältnis EWG-USA“
- „Warnung vor ‚Politisierung‘ der Garantie- und Wirtschaftspolitik“
- „Erläuterung des Standpunktes der deutschen Industrie in der Frage der Lieferbindung der bilateralen deutschen Kapitalhilfe“
- „Standpunkt der deutschen Industrie zur Verwirklichung der Wirtschafts- u. Währungsunion“ (S. 194).
bk v. 26.8.71

FNL entläßt Westdeutschen

Stellungnahme F. Werkmeisters von der Initiative - Internationale Vietnam-Solidarität

Seit dem 14. August 1971 war Peter Schrader-Rottmers, der als Teamleiter einer Gruppe der „Deutschen Internationalen Flüchtlingshilfe“ in der Provinz Quang Ngai arbeitete, in Südvietnam vermisst. Ende September konnte ich die Familienangehörigen, die zuständigen Behörden der BRD — darunter das Auswärtige Amt und die Presse — davon unterrichten, daß der Vermißte lebe und sich unweletzt im Bereich der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL befindet. Diese verbindliche Information hatte ich in ersten Gesprächen mit führenden Vertretern der FNL und der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) der Republik Südvietnam (RSV) bekommen, zu denen wir bekanntlich sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

Mitte Oktober habe ich noch weiteren Verhandlungen mit Vertretern der FNL und der PRR darauf verwiesen, daß Peter Schrader-Rottmers nicht wie ein Kriegsgefangener der US-Aggressionstruppen oder der Satellitestruppen behandelt werde. Es werde ihm die Möglichkeit gegeben, zu seiner Familie zurückzukehren.

Vor wenigen Tagen hat sich nun Peter Schrader-Rottmers bei den Vertretungen der BRD in Südvietnam gemeldet. Damit ist meine Vermittlung abgeschlossen. Es hat sich gezeigt, daß die südvietnamesische Befreiungsfront und die Provisorische Revolutionäre Regierung ihre Zusagen gehalten haben. Die Ermöglichung der Rückkehr ohne irgendwelche Voraussetzungen beweist — wie schon im Fall Renate Kuhnert — erneut die humanitäre Haltung der FNL.

Jetzt ist die Bundesregierung am Zuge. Von ihr erwarten wir Schritte des Entgegenkommens.

Wir fordern, daß die wahren Repräsentanten der südvietnamesischen Bevölkerung — nämlich die Vertreter der FNL und der PRR — nicht, wie vor wenigen Tagen wieder im Falle einer Gewerkschaftsdelegation, durch Einreiseverweigerung daran gehindert werden, die Bevölkerung der BRD aus erster Hand über den US-Krieg zu informieren. Die Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung in der BRD muß genehmigt werden. Die Bundesregierung soll sich — wie viele andere Regierungen in der Welt — für den bedingungslosen Abzug aller US-Truppen aus Indochina einsetzen.



Saure Gesichter bei der SPD-Führung sah man während des SPD-Parteitages. In Kampfabstimmungen entschieden die Delegierten einige Male gegen die Vorschläge des Präsidiums. Im großen und ganzen setzte sich jedoch die rechte SPD-Führung auf dem Parteitag durch.

Wir schlagen Schaum, wir seifen ein . . .

Steuerfragen sind Klassenfragen. Wie das Steueraufkommen verteilt wird, hängt ab vom Kräfteverhältnis zwischen Großkapital und Arbeiterklasse. Steuerreformen zugunsten des arbeitenden Volkes können deshalb nur im Kampf und von einer entschlossenen Parteiführung erzwungen werden. In den rund 700 Anträgen zur Steureform an den SPD-Parteitag vom 18. - 20. November 1971 wurde zweierlei sichtbar: das Drängen zahlloser sozialdemokratischer Parteimitglieder nach einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten — Spitzenbesteuerung für Großeinkommen, Maßnahmen gegen Bodenspekulation und Steuerflucht, Kürzung des Wehretats — und hiermit eine Reihe elementarer Gemeinsamkeiten von Kommunisten und Sozialdemokraten. Wie würde die SPD-Führung reagieren, die in ihrem antikommunistischen Grundsatzpapier „Sozialdemokratie und Kommunismus“ die staatsmonopolistische Ordnung in der Bundesrepublik als „politisch stabil, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial entwicklungs-fähig“ verherrlicht und deren Vorsitzender vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages ein glühendes Bekenntnis zu der „auf freier unternehmerischer Initiative und Wettbewerb basieren-den Marktwirtschaft“ abgelegt hat?

Eppler-Kommission: Kosmetik statt Reform

Die von Bundesminister Eppler angeführte Steuerreform-Kommission beim Parteivorstand der SPD stand vor einer Situation, die der Ortsverein Königswinter in einer Antragsbegründung wie folgt charakterisierte: „Nach wie vor verdient ein Vorstandsmitglied in einer westdeutschen AG durchschnittlich 150 000 DM im Jahr, praktisch für keine Arbeit. Und nach wie vor liegen die Renten von Arbeitern im Durchschnitt bei monatlich 250 DM, die von Arbeiterwitwen darunter. Und noch eine Zahl: Zwischen 1950 und 1968 stieg der Arbeiteranteil an allen Erwerbstätigen in der BRD um 12 Prozent. Der Arbeiteranteil am gesamten Volkseinkommen stieg in der gleichen Zeit nur um 6,2 Prozent. Was bedeutet diese letzte Ziffer? Sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß selbst jene Theorie von Karl Marx, die man ganz allgemein ‚als völlig erledigt‘ bezeichnet hat, nämlich die Vereidendungstheorie, glänzend bestätigt wird. Wenn die Reichen nämlich immer reicher werden, die Armen aber nur unwesentlich mehr erhalten, dann bedeutet das ‚relative Verarmung‘.“

Die Königswinterer Sozialdemokraten forderten — zweifellos die Stimme der unruhig gewordenen Mitglieder verkörpernd — ihre Parteiführung auf, endlich das Godesberger Programm politisch einzulösen, das immerhin erkannt habe:

„Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“. Die Partei-Kommission dachte gar nicht daran. Ihr Entwurf orientierte sich an allen wichtigen Punkten an den von Schiller gesetzten unternehmerhörigen „Eckwerten“ und verzichtete grundsätzlich darauf, die sog. Reformvorschläge in den Rahmen irgendwelcher gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen zu stellen. Das geplante Steuermehraufkommen des Jahres 1974, für das die Reformvorschläge gelten, in Höhe von 7,3 Milliarden DM, soll zu 2,2 Mrd. aus der verstärkten Besteuerung der Vermögen und Erbschaften gedeckt werden, die Hauptlast von 5,1 Mrd. muß über die Verbrauchersteuern (Mehrwert-, Branntwein-, Tabak- und Mineralöl-Steuer), gestrichene Vergünstigungen (Niedrabsetzbarkeit von Sozial- und Lebensversicherungen etc.) oder durch Steuerüberwälzungen (Preiserhöhungen) von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht

werden. Dies obwohl Arbeiter und Angestellte unter der SPD-Regierung 1970 27,3 Prozent bei den direkten und 9,9 Prozent bei den indirekten Steuern mehr zahlten als 1969. Und obwohl sich im gleichen Zeitraum bei den Selbständigen das Aufkommen an direkten Steuern um 3,4 Prozent verringerte, das der indirekten Steuern lediglich um 3,3 Prozent stieg.

So positiv die Anregungen für die Zahlung eines — allerdings zu niedrigen — einheitlichen Kindergeldes und einer Bodenwertzuwachs-Besteuerung prinzipiell zu werten sind, so fatal bleibt die generelle Privilegierung der Kapitalvermögen, die den Eppler-Entwurf charakterisiert. Der Wirtschaftspolitische Arbeitskreis beim Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei, präzisierte in einer gründlich fundierten Analyse: „Wer heute eine Million DM Jahreseinkommen hat, dem läßt die Steuer 465720 DM netto übrig. Wenn die Eppler-Vorschläge verwirklicht würden, blieben dem Millionär noch genau 445 000 DM netto. Wir können uns keinen Arbeiter vorstellen, dem man das als Steuerreform verkaufen kann“. Die Steuerredakteure der DKP zogen das Resümee: „Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen wieder, einmal mehr Steuern zahlen — aber diesmal mit dem Segen eines SPD-Parteitages. Das ist zusammengefaßt der Inhalt der SPD-Steuerreform-Vorschläge.. Wer den Werktagen 20 DM in die linke Tasche steckt, um ihnen 50 DM aus der rechten Tasche herauszuziehen, der dient letztendlich den Interessen der herrschenden Kreise des Groß- und Konzernkapitals“.

Abbau innerparteilicher Demokratie

Angesichts der spekulären Vorgänge um den Rücktritt des Staatssekretärs Rosenthal hatte die demokratische Öffentlichkeit eine grundsätzliche Diskussion und Rechenschaftsbericht des SPD-Parteitages besonders dringlich erwartet. Hatte doch der Porzellan-Brenner und weitsichtige Kapitalist den Unternehmerfreund Schiller davor gewarnt, durch allzu augen-

scheinliche Konzessionslosigkeit dem revolutionären Sturz des Kapitalismus selbst Vorschub zu leisten. Und selbst der Verleger-Millionär Henri Nannen hatte termingerecht proklamiert: „Ich gehöre zu denen, die heute gut verdienen. Und ich würde gern höhere Steuern zahlen, wenn ich mit ihnen ein System reformieren und damit erhalten kann, das mich auch in fünf Jahren noch gut verdienen läßt“.

Die Öffentlichkeit sah sich getäuscht; der Parteitag rangierte verbissen um Prozente — auf der Ebene homöopathischer Dosierungen. Trotz einiger Überraschungserfolge zu Beginn, die die Erbitterung vieler Delegierten widerspiegeln, — so die gegen die Parteispitze mühsam ertrötzte Solidaritätsadresse an die streikenden Metallarbeiter, wie die Erhöhung des Einkommenssteuersatzes auf die Spitze von 60 statt auf 58 Prozent, gelang es dem „Fußvolk“ nicht, die überfällige Grundsatzdiskussion über die sozialpolitisch verheerende Bilanz der SPD-Regierung, Helmut Schmidts Rüstungs- und Devisenausgleichsetat in Höhe von nahezu 30 Mrd. DM, sowie die Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen durchzusetzen. Der Parteitag ließ sich unter dem gezielten „staatsmännischen Druck“ und Rücktrittsdrohungen Willy Brandts das von Eppler programmierte Steuerkonzept im wesentlichen aufnötigen, dessen dekorative Einzelvorschläge doch nicht den reaktionären Gesamtcharakter verhüllen können.

Der Verlauf des Parteitags aktualisierte dem Beobachter, was der Politologe Wolfgang Steiner in seiner Analyse „SPD-Parteitage 1964 und 1966“ (Meisenheim 1970) als Ergebnis des Vergleichs bereits warnend festgehalten hatte: „Die innerparteiliche Demokratie hatte . . . nur einen geringen Stellenwert“. Steiners Beweise: Auf keinem der Parteitage wurde auch nur ein echter Bericht

über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion gegeben. In keinem Fall fand eine Diskussion über die abgegebenen Berichte statt, was einen empfindlichen Mangel an Kontrollmöglichkeiten und Information zeigte. Die Schlüsselfunktionen der Parteitage waren vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion besetzt. Sie dominierten im Präsidium, in der Diskussionsleitung und in dem wohl einflußreichsten Gremium, der Redaktionskommission. Die Demontage der innerparteilichen Demokratie steht somit im striktem Gegensatz zum Organisationsstatus der SPD, in dem es heißt: „Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei“.

Wohin treibt die SPD?

Hatten die oben erwähnten Königswinterer Sozialdemokraten mit Recht insistiert: „Programme sind keine Makulatur. Sie sind das Banner, das einer Partei vorangetragen wird, damit sie ein Ziel vor den Augen hat und den Weg nicht verliert“, so machte der Bundesgeschäftsführer Wischnewski, einst Trotzkist und „linker“ Flügelmann der Kölner SPD, in wünschenswerter Klarheit deutlich, wer Herr im Haus der ehrwürdigen Sozialdemokratie ist: „Die Beschlüsse des Sonderparteitages der SPD zur Steuerreform und Vermögensbildung werden die Bundesregierung in keiner Weise binden“, posaunte der wackere Demokrat namens der Parteispitze und Fraktion und präzisierte, daß auch der Kanzler einer Alleinregierung (!) der SPD nicht verpflichtet wäre, Parteitagsschlüsse (!) zu befolgen, wenn es nach seiner(!) Überzeugung den Interessen von Partei (!) und Regierung nicht entspreche.

Der Sonderparteitag der SPD hat in alarmierender Weise deutlich gemacht, in welchem Ausmaß die SPD-Führung die

Geschäfte des deutschen Monopolkapitals besorgt. Schillers programmatische Äußerungen müssen als das verstanden werden, was sie in der Tat darstellen, ein Programm: „Die Unternehmer müssen erkennen oder sollten erkennen, daß diese Regierung und daß dieser Wirtschaftsminister die Marktwirtschaft mit Klauen und Zähnen verteidigt. Jawohl, die darf erst gar nicht gefährdet erscheinen“. Der Parteführung gegenüber steht die Masse jener Sozialdemokraten, die als Arbeiter, Angestellte oder Studenten unmittelbar mit dem gewöhnlichen Kapitalismus konfrontiert sind und daher — mit welchen reformistischen Illusionen auch immer — nach einer demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft im Zeichen der Zurückdrängung der lebensbedrohlichen Monopole streben. Die derzeitigen sozialdemokratischen Führer, die rund 800 000 Mitglieder und millionenstarke Gewerkschaften im Rücken haben, treiben mit den sozialen Erwartungen dieser Wählerschaft ein übles Geschäft.

Der neuangesetzte Parteitag über die sogenannte Vermögensbildung dürfte ein weiteres Gesellenstück sozialer Demagogie bringen. Kein Demokrat kann daran interessiert sein, daß uns die systemkonforme Politik der SPD-Führung die lebensbedrohliche Machtaufnahme der Herren Strauß & Barzil durch enttäuschte Wählermassen beschert. Fortschrittliche Sozialdemokraten und Kommunisten müssen auf die derzeitige Regierung machtvollen Druck ausüben. Nicht länger darf der reaktionären SPD-Führungsgarnitur Verrat und Illusionsmacherei gegenüber der arbeitenden Bevölkerung erlaubt werden. Auf die SPD-Führung trifft wieder einmal zu, was Proleten in der Weimarer Republik erbittert sangen:

„Wir schlagen Schaum, wir seifen ein —
Wir waschen unsere Hände wieder rein“.

Soeben erschienen!

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,-

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerkundung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerkundung - Satzung - Pressepiegel u. a.

Name _____

Ort _____

Straße _____

Ich bestelle per Nachnahme
(Versand nur per Nachnahme möglich)

.... Exemplar (e) des Protokolls.
Schicken an: Bundesvorstand des
MSB SPARTAKUS, 53 Bonn,
Sternenburgstraße 73

Ich bitte um Informationsmaterial
über den MSB SPARTAKUS:

Name: _____

Vorname: _____

Ort: _____

Straße: _____

Unterschrift: _____

Schicken an:
MSB SPARTAKUS, Bundesvorstand, 53 Bonn, Sternburgerstr. 73



Erschossener Student in Kent/USA



Student nach einer Demonstration
in San Francisco

„Die Aufgabe des Schriftstellers besteht nicht darin, sich für die eine oder andere Staatsform zu engagieren. Der Schriftsteller wählt universelle und ewige Themen . . . , die Gesetze der Menschlichkeit in der Geschichte, die aus der unergründlichen Tiefe der Jahrtausende emporsteigen . . .“ Das schrieb Alexander Solschenizyn in einem offenen Brief. Und in seinem Nachwort zu „August 1914“ geht er auf die Barrikade dafür, daß das Wort „Gott“ — hätte das Buch in der Sowjetunion veröffentlicht werden können — unbedingt groß geschrieben wird. Begründung: „Gott“ sei „eine der größten und bedeutendsten schöpferischen Kräfte der Ewigkeit“! Mit dieser dummlichen Naivität fällt Solschenizyn hinter die bürgerliche Aufklärung des 18. Jahrhunderts zurück.

Springers Literaturkritiker der „Welt“, zuständig für „universale und ewige Themen“ und „die Geheimnisse des menschlichen Herzens und Gewissens“, attestieren dem Dichter denn auch eine „Zeitlose Feder“. So zeitlos, daß sie sich z. B. über das gesellschaftliche Leben der amerikanischen „Staatsform“ nicht erst aufhält.

Der erschossene Student in Kent, der blutig geschlagene Student in San Francisco; Attica und Vietnam, — das alles fällt bei ihm nicht unter die „Gesetze der Menschlichkeit“; dazu äußert er sich nicht. Da fehlt ihm offenbar die „unergründliche Tiefe“. In „Krebsstation“ bietet er dafür aus dem Munde Kostogtows seine „Geheimnisse des menschlichen Herzens“ an; das sieht dann so aus: „ . . . nicht der Grad des

Wohlstandes bestimmt das Glück der Menschen, sondern die Beziehungen der Herzen zueinander und unsere Einstellung zum Leben. Eines wie das andere liegt in unserer Macht, und das bedeutet: daß der Mensch immer glücklich sein kann, wenn er nur will, und daß niemand ihn daran hindern kann.“ Solche Einstellungen kommen aus keiner „unergründlichen Tiefe“, sie kommen von der Oberfläche reaktionärer Gesinnung, derjenigen verwandt, die über das Konzentrationslager Buchenwald die Worte schreiben ließ „Arbeit macht frei“. Angesichts des Elends der pakistanischen Flüchtlinge, angesichts des Elends besonders in Lateinamerika, Asien und Afrika weist eine solche Einstellung, die dem verhungerten Kind und der sterbenden Mutter empfiehlt „glücklich zu sein“, da sie niemand daran hindern könne, den Autor eindeutig in die Ecke, aus der er bezeichnenderweise den stärksten Applaus bekommt: in die Ecke der Literaturmüll produzierenden Zyniker und Ignoranten. Mit diesen Brüdern im Geiste kann Solschenizyn „über Zeit und Raum“ jenen „schöpferischen Kräften der Ewigkeit“ huldigen, die ihm soviel bedeuten, Kräften, die hier und jetzt allemal die zerstörerischen Kräfte der Ausbeuter und Unterdrücker sind. Mit dieser Parteinaahme jedoch hat er sich selbst aus der Gemeinschaft jener entlassen, die nicht für die Groß- oder Kleinschreibung von „Gott“ kämpfen, sondern die ihre Kraft und ihre Arbeit investieren für das, was eine Welt ohne Unterdrückung, Armut und Hunger, eine Welt des Friedens ausmacht: den Sozialismus.

Fragen an Solschenizyn

Der amerikanische Protestsänger Dean Reed, der wegen Verfolgungen durch die US-Behörden in Italien lebt, hat einen offenen Brief an Alexander Solschenizyn gerichtet. Darin schreibt Dean Reed u. a.: „Als amerikanischer Künstler muß ich einige Ihrer Beschuldigungen beantworten, die von der kapitalistischen Presse in aller Welt veröffentlicht werden. Sie haben die Sowjetunion als eine „zutiefst kranke Gesellschaft, die vom Haß und der Ungerechtigkeit befallen ist“, angeprangert. Sie sagen, daß die Sowjetregierung „ohne Feinde nicht leben könnte, und die ganze Atmosphäre von Haß durchdrungen ist, der nicht einmal vor dem Rassenhaß Halt macht“.

Sie sprechen wohl von meiner Heimat und nicht von Ihrer! Gerade Amerika und nicht die Sowjetunion führt Kriege und schafft die gespannte Atmosphäre möglicher Kriege, um zu erreichen, daß seine Wirtschaft funktioniert, während unsere Diktatoren, der „militärisch-industrielle Komplex“, noch mehr Reichtum und Macht am Blut des vietnamesischen Volkes, unserer eigenen Soldaten und aller friedliebenden Völker gewinnen. — Die kranke Gesellschaft ist in meiner Heimat und nicht in Ihrer, Herr Solschenizyn!

Amerika und nicht die Sowjetunion hat sich in die gewalttätigste Gesellschaft verwandelt, die in der Geschichte der

Menschheit je bekannt war. Unsere Bürger können nachts nicht auf die Straße gehen ohne Angst haben zu müssen überfallen zu werden. In den Vereinigten Staaten haben eigene Bürger seit 1900 mehr Menschen getötet, als die Zahl aller amerikanischer Soldaten beträgt, die im Ersten und im Zweiten Weltkrieg — und sogar in Korea und Vietnam — gefallen sind.

Sie sprechen vom Rassenhaß. In Amerika und nicht in der Sowjetunion bleibt im Laufe von zwei Jahrhunderten der Mord an Negern straflos. In Amerika und nicht in der Sowjetunion mißhandelt und inhaftiert die Polizei jeden Neger, der versucht, sich für seine Rechte ein-

zusetzen. Warum sagen Sie, daß „die Redefreiheit, die ehrliche und völlige Redefreiheit, die erste Bedingung der Gesundheit, darunter auch unserer Gesellschaft, ist“? Versuchen Sie, diese Gedanken unter den Völkern zu verbreiten, die gezwungen sind, für ihre Existenz zu kämpfen, die — entgegen ihrem Willen — unter dem Joch didaktischer Regimes leben müssen, die sich nur dank der militärischen Hilfe der USA an der Macht halten.

Teilen Sie Ihre Gedanken den Menschen mit, deren „Gesundheit“ darin besteht, daß die Hälfte ihrer Kinder schon bei der Geburt stirbt, weil ihnen weder Geld noch Ärzte zur Verfügung stehen. Sagen Sie das den Menschen der kapita-

listischen Welt, deren „Gesundheit“ darin besteht, daß sie in ständiger Angst vor Arbeitslosigkeit leben. Sagen sie den amerikanischen Negern, wieviel ihnen die Gesundheit und die „Redefreiheit“ während ihres gerechten Kampfes für die Gleichberechtigung mit den Weißen tatsächlich geholfen haben.

Mein Land, das durch seine „Redefreiheit“ berühmt ist, ist ein Land, wo die Polizei die Teilnehmer friedlicher Märkte überfällt. Glauben Sie tatsächlich, daß der militärisch-industrielle Komplex, welcher mein Land und die halbe Welt regiert, um die „Redefreiheit“ besorgt ist? Es stimmt, daß in der Sowjetunion Ungerechtigkeiten und Mängel vorhanden sind, doch steht außer Zwei-

fel, daß eine Gesellschaft, die auf einer gerechten Grundlage aufbaut, mehr Aussichten hat, zu einer gerechten Gesellschaft zu kommen, als jene Gesellschaft, die sich auf Ungerechtigkeit und Ausbeutung des Menschen durch Menschen stützt. In meinem Land sind Gesellschaft und Regierung hinter der Zeit zurückgeblieben, weil ihr einziges Ziel darin besteht, in aller Welt den Status quo zu erhalten. Auch wenn Ihr System noch unvollkommen ist und ab und zu stolpert, dürfen wir nicht das ganze System verurteilen, sondern sollen begrüßen, daß es den Mut hat, neue Wege zu bahnen.

(Unter Zeitdruck angefertigte „Rohübersetzung“ aus dem Englischen)

Marxismus-Digest

In Auslieferung:

Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt

171 Seiten, Heft 4/71 des Marxismus-Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—)

Der Band enthält u. a. folgende Beiträge: Perspektiven der Nationalen Befreiungsbewegung

Einige Probleme der vietnamesischen Revolution

Nationale Befreiungsbewegung und Revolution in Asien und Afrika

Politische und ökonomische Grundlagen des Mehrparteiensystems in Chile

Geht in Peru eine Revolution vor sich?

Anhang: Auszüge aus dem dreibändigen sowjetischen Standardwerk „Klassen- u. Klassenkampf in der Dritten Welt“, Bibliographie zum Thema

Ende Januar/Anfang Februar 1972 wird ausgeliefert:

Probleme der Erkenntnistheorie

Heft 1/1972 des Marxismus-Digest, ca. 170 Seiten, Vorzugspreis für Studenten,

Schüler, Lehrlinge, Wehrpflicht- und Erstzieldienstleistende DM 5,—

Das Heft wird u. a. folgende Beiträge enthalten:

Kosing, Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie

Ruml, Aktuelle Probleme der Leninschen Abbildtheorie und der ideologische Kampf in der Gegenwart

Lektorski, Lenins Auffassung der Subjekt-Objekt-Dialektik; Wittich, Die Allgemeingültigkeit des marxistisch-leninistischen Begriffs „objektive Wahrheit“ Sève, Über den Strukturalismus

Wagner, Die Leninsche Wahrheitsauffassung und ihre aktuelle Bedeutung

Ausführliche Bibliographie für den Zeitraum 1966 — 1971

Aus dem IMSF, 6 Frankfurt/Main, Liebigstr 6, bestelle ich/wir:

... Ex. Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung

... Ex. Probleme der Erkenntnistheorie
Bitte ausschneiden und im Umschlag einsenden an IMSF (Drucksache), Adresse bitte unbedingt angeben.

Solidarität der Reaktion

— Assistent klagt gegen die Universität Köln —

Das Oberverwaltungsgericht in Münster wird am 16. November über die Entlassung eines Assistenten verhandeln, ein Fall, der nach Ansicht der Bundesassistentenkonferenz über die darin enthaltene persönliche Tragik hinaus Bedeutung gewinnt für eine Entlarvung der realen Machtstrukturen nicht nur an den deutschen Hochschulen.

Prodosh Aich, indischer Staatsbürger und promovierter Soziologe, war Assistent am Forschungsinstitut für Soziologie bei Prof. König in Köln, bis dieser ihm 1967 den Stuhl vor die Tür setzte.

Das geschah aus folgenden Gründen: Aich ging 1966 mit dem Einverständnis von König an eine indische Universität, um dort Vorlesungen zu halten und empirisches Material für seine Habilitation zu sammeln. Der dortige Ordinarius für Soziologie versprach ihm Unterstützung bei seiner Arbeit unter der Bedingung, daß Aich ihm helfe, ein laufendes Forschungsvorhaben abzuschließen. Nachdem Aich diese Arbeit zusammen mit seiner Frau erledigt hatte, erhielt er jedoch nicht die zugesagte Hilfe für eigene Projekte. Vielmehr verlangte der indische Ordinarius die Vorlage eines ausgearbeiteten Manuskriptes, das er dann unter seinem Namen veröffentlichen wollte. Diese Art von „Ghost-Writing“ aber lehnte Aich ab und verletzte damit entscheidend die ungeschriebenen Regeln des Ordinarienstandes, für den das Sich-Unterwerfen unter diese Art von Ausbeutung immer noch praktizierte Eingangsvoraussetzung ist.

Eine solche Mißachtung von Standesregeln reichte aus zur Herstellung einer internationalen Ordinariensolidarität und zum Wirksamwerden der „Standesgerichtsbarkeit“: König entließ Aich in Köln und beraubte ihn damit seiner materiellen Existenzgrundlage.